# Klassenkampf

**Kommunistisches Organ**

**für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"**

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kreb, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 2. August 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 179


# Mansfeld ruft zum Kampf!

## Gesamtbetriebsrat des Mansfeld-A.-G.-Konzerns fordert den Landeskongreß der Werktätigen Mitteldeutschlands

Der Gesamtbetriebsrat des Mansfeld-A.-G.-Konzerns, der eine Belegschaft von zirka 20 000 Mann vertritt, war am Sonnabend, den 31. Juli, im Gasthof zum „Goldenen Löwen" in Sandersdorf zu einer Gesamtbetriebsratssitzung zusammengetreten. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde von einem Ausschuß folgende nachfolgende Resolution eingebracht und ausführlich begründet. Die 32 anwesenden Vertreter, die sich der parteipolitischen Gruppierung nach aus 18 SPD., 7 KPD., 2 Christen und 5 Parteilosen zusammensetzten, hielten infolge der klaren eindeutigen Ausführungen des Antragstellers eine Diskussion überflüssig und nahmen die Resolution einstimmig an.

**Die am 31. Juli 1926 tagende Sitzung des Gesamtbetriebsrates des Mansfeld-A.-G.-Konzerns hat eingehend mit der Wirtschaftslage beschäftigt und stellt fest, daß sich die Lage der MAG.-Arbeiter sowie der gesamten Arbeiterschaft von Tag zu Tag verschlechtert. Brutal stößt das Kapital vor und versucht, die Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiterschaft zu überwinden. Massenentlassungen, zahllose Betriebsstillegungen auf der einen Seite — gesteigerte Ausbeutung — Lohnkürzungen auf der anderen Seite, ist das Ergebnis der Rationalisierung. So können die Verhältnisse nicht weiter gehen.**

**Die Betriebsräte des MAG.-Konzerns begrüßen den Aufruf der Magdeburger Betriebsräte und machen sich den Inhalt des Aufrufes zu eigen. Sie verpflichten sich, mit allen Mitteln für die Durchführung einer mitteldeutschen Landeskonferenz aller Werktätigen einzutreten und fordern die Kollegen aller Betriebe auf, die Voraussetzungen für die mitteldeutsche Landeskonferenz und im weiteren Verlauf für den Kongreß der Werktätigen zu schaffen. Die Betriebsräte des MAG.-Konzerns rufen den Belegschaften zu: Organisiert Euch, macht die freien Gewerkschaften zu einem starken Bollwerk der Arbeiterklasse!**

Mit der Annahme dieser Resolution hat sich einer der größten Betriebe Mitteldeutschlands dem Kampfaufruf der Weißenfelser Betriebsräte angeschlossen. Es ist kein Zufall, daß gerade aus dem Mansfelder Land diese Zustimmung als eine der ersten kommt. Sind es doch gerade die Kumpels der Mansfeld A.-G., welche unter den menschenunwürdigsten Arbeitsbedingungen sich ihr kärgliches Brot verdienen müssen. Die einstimmige Annahme der Resolution ist nur ein Zeichen dafür, daß die kapitalistische Rationalisierung die Arbeiterschaft aller politischen Richtungen zwingt, den einheitlichen Abwehrkampf aufzunehmen, wenn sie nicht der völligen Verelendung anheimfallen wollen. Die einstimmige Annahme ist des weiteren ein Zeichen dafür, daß die Herstellung der geschlossenen Kampffront keine kommunistische Utopie, sondern eine erfüllbare Notwendigkeit ist. Nur auf diesem Wege, durch die Mobilisierung der Betriebsbelegschaften, wird es möglich sein, die Kampforgane des Proletariats, die Gewerkschaften, zu mobilisieren und in Kampfstellung gegen die Offensive des Unternehmertums zu bringen. Betriebslose und Erwerbslose Mitteldeutschlands müssen deshalb ebenfalls sich den Aufruf der Betriebsräte Weißenfels zu eigen machen, den Landeskongreß des werktätigen Mitteldeutschlands fordern. Aus jedem Betrieb, von jeder Schachtanlage, von jeder Stempelstelle muß der Ruf erschallen:

**Her mit dem Landeskongreß der Werktätigen Mitteldeutschlands, der ein Auftakt sein soll zum Kongreß der Werktätigen Deutschlands, dessen Aufgabe besteht in der Organisierung des Kampfes gegen weitere Ausbeutung und Verelendung, gegen das kapitalistische System überhaupt.**

# Die Bergarbeiter rühren sich!

## Kündigung der Lohnordnung im Ruhrkohlenbergbau

Wenn die Grubenbarone Oberschlesiens den Forderungen der Bergarbeiter für die Durchführung der zum 1. August mittels Tarifvertrag festgelegt 7½stündigen Arbeitszeit und für eine 10prozentige Lohnerhöhung nicht nachgeben, **dann ist mit dem Ausbruch des Kampfes von 50 000 Bergarbeitern zu rechnen.**

Aber nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in den anderen Revieren erkennen die Bergarbeiter immer mehr, wie notwendig eine Wiedereinführung der alten Arbeitszeit und Erhöhung ihrer Löhne ist. Dies zeigen die Beschlüsse der **Waldenburger Bergarbeiter**, die — wie in Weißenfels — die Kündigung der Lohnordnung und des Ueberzeitabkommens vom BAV. verlangen. Auch im Ruhrgebiet kommt die gleiche Kunde, wo — wie in Sachsen — von der dortigen Zahlstelle des BAV. sogar eine **10prozentige Lohnerhöhung gefordert wird.**

Überall erscheinen die Bergarbeiter auf dem Plan, weil sie die günstigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Lohn- und Arbeitszeitkampf erkennen. Sie wissen, daß nicht nur die oberschlesischen Grubenbesitzer Riesengewinne durch den vermehrten Kohlenexport infolge der ausbleibenden englischen Kohle einheimsen. Insbesondere sind es auch die Zechenbesitzer an der Ruhr, die Geschäft durch den englischen Kampf wie nie zuvor blühen. Jedenfalls arbeiten sie an der Eroberung aller bisher mit englischer Kohle belieferten Absatzgebiete, um ihre Profite ins Unermeßliche zu steigern.

Diese Konjunktur gilt es auszunützen nach dem Beispiel der oberschlesischen Bergarbeiter. Unter dem Druck der Forderung für die Aufnahme des Kampfes um eine ausreichende Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit haben nach den soeben eingetroffenen Meldungen

**die Bergarbeiterverbände die bestehende Lohnordnung im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau zum 31. August 1926 gekündigt mit dem Ziel einer Lohnerhöhung, deren Höhe sie erst im Verhandlungstermin bekanntgeben wollen."**

Die „Vossische Zeitung" läßt sich zu dieser Mitteilung folgendes aus Essen drahten:

**„Damit scheinen die seit langem erwarteten Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern im Ruhrbergbau zu beginnen, die infolge des englischen Bergarbeiterstreiks schon lange in der Luft lagen.**

**Ueber die Höhe der bevorstehenden Lohnforderungen verlautet, daß Verhandlungen darüber zwischen den Verbänden noch nicht stattgefunden haben. Es wird mit einer Forderung auf Erhöhung um 10 bis 15 Prozent zu rechnen sein."**

Wenn sich diese Mitteilungen bestätigen sollten, so zeigen sie, daß bereits „seit langem" die Grubenbesitzer an der Ruhr mit den Forderungen der Bergarbeiter gerechnet haben. **Denn das ist doch** der konkrete Sinn der Meldung des gut informierten Reporters der „Vossischen Zeitung", der auch bereits von der Höhe der Lohnzulage zu berichten weiß. Wahrscheinlich deshalb, weil sie die Grundlage für ein annehmbares Verhandlungsobjekt mit den Zechenkönigen bilden, **um sowohl die öffentliche Meinung als auch die Verbandsleitung gegen die Mehrforderungen der Kumpels zu mobilisieren.**

Dieses Vorhaben muß mißlingen. Einheitlich und geschlossen, wie die oberschlesischen Bergarbeiter, müssen auch die Bergarbeiter insbesondere im Ruhrgebiet, ihre Forderung um eine **ausreichende Lohnerhöhung** erheben. Damit nicht genug, gilt es auch, die **Zurückeroberung der Siebenstundenschicht in den** Vordergrund zu stellen. 45 000 arbeitsuchende Bergleute gibt es im Ruhrgebiet. Sie können Arbeit finden, wenn es gelingt, die Siebenstundenschicht zurückzuerobern und gleichzeitig einen solchen Lohn zu sichern, der allen Bergarbeitern auch ohne irgendwelche Ueberschichten einen ausreichenden Lohn verschafft.

Das fordert, Bergarbeiter! Fordert es überall, wo Ihr zusammen seid! **Fordert es auch für Mitteldeutschland.** Mobilisiert dafür Betrieb und Gewerkschaft!

## 1/4 Jahr englischer Bergarbeiterstreik

### Die Rote Gewerkschaftsinternationale an die englischen Bergarbeiter

(Eig. Drahtb.) **Moskau**, 31. Juli.

Das Vollzugsbureau der **Roten Gewerkschaftsinternationale** hat an die englischen Bergarbeiter folgendes Telegramm gerichtet:

**An die streikenden Bergarbeiter Englands!**

**Das Vollzugsbureau der RGI. sendet Euch zum dreimonatigen Tag der Streikerklärung herzlichen Gruß! Seit dem ersten Streiktag führte die RGI. die Kampagne unter der Losung: Alle zu Hilfe den englischen Bergarbeitern! Alle angeschlossenen Organisationen werden alles mögliche tun, Euch im Kampf zu unterstützen. Wir werden die Hilfsaktion bis zu Eurem vollständigen Sieg fortsetzen. Hoch die mutigen Bergarbeiter Englands! Es lebe ihr Sieg über die Bergwerksbesitzer! Vollzugsbureau der RGI.**

•

Die englische Bourgeoisie setzt alle Machtmittel gegen die englischen Bergarbeiter ein.

Jetzt heißt es **für das internationale Proletariat**, ebenfalls alles einzusetzen, um den englischen Kämpfern Hilfe zu bringen. Folgt dem Ruf der RGI. **Sammelt für die englischen Bergarbeiter, die jetzt schon drei Monate lang in heldenhaften Ringen für ihre und die Sache aller Arbeiter kämpfen! Benutzt überall die Antikriegskundgebungen zur Hilfe für die englischen Bergarbeiter.**

# Neues Schulkompromiß zwischen SPD. und Zentrum?

Jedes Blatt in der Presse lehrt, mit welchem Eifer trotz der Hundstage und Parlamentsferien hinter den politischen Kulissen gearbeitet wird. Gilt es doch, das durch den Volksentscheid stark havarierte Parlaments- und Regierungsschiff wieder flott zu machen, daß es den mit tödlicher Sicherheit kommenden Herbst- und Wintersturmen standhalten kann. Es darf sich auf keine Weise wiederholen, daß sich die breiten Schichten der Arbeiter, Beamten, Angestellten und Beamten, Kleinbürger und Kleinbauern in Nichtachtung der Parteigrenze in einer Linie zusammenfinden, und noch dazu in einer von Kommunisten gezeichneten Linie.

Die auf der Tagesordnung stehenden Wirtschaftsfragen vertragen solche Klassenfrontgruppierung noch weniger als die Frage der Fürstenenteignung, wo man vorläufig mit dem blauen Auge davonkam.

Es sollen hier nun nicht die zahllosen Lösungsversuche besprochen werden, die man ruhelos von Henning und Gräfe über Jarres und Gayl bis zu Wirth und Löbe wälzt; sie lassen sich einteilen in solche, die auf eine mehr oder weniger verhüllte **Rechtsdiktatur** abzielen, und in solche, die vermittels einer demokratisch-republikanischen Koalition die Klassenkampflinie verwirren wollen. Es ist Herr Wirth vom Zentrum, der sich besonders offen um diese Koalition bemüht.

In der Abendausgabe des „Vorwärts" vom 26. Juli hat ihm von der Sozialdemokratie Wilhelm Sollmann geantwortet, sehr diplomatisch, sehr zurückhaltend, aber doch alle Sehnsucht erratend, die seine Partei nach der Weimarer Koalition empfindet. Die Sozialdemokratie hat in der Tat nie aufgehört, die Koalition mit Zentrum und Demokraten, d. h. die Wiederkehr der „großen" Ebertinischen Glanzzeit zu erstreben, obgleich sie vom Zentrum „en canaille" behandelt wurde. Der Volksentscheid war im Grunde **ein falscher Tropfen im Blute der Ebert-Partei** und ihr Geschick ähnelt dabei dem des Zentrums. Während die Leitung der Zentrumspartei trotz bischöflicher Hirtenbriefe Millionen ihrer Wähler zur Wahlurne ziehen sah, rief der Wille der Arbeitermassen **die sozialdemokratische Lehrerschaft** wider ihren Willen in die von der Kommunistischen Partei gewiesene Bahn. Beide Parteien sind sich völlig darin einig, daß der Volksentscheid mit allen seinen Begleiterscheinungen eine überwundene Episode bleiben muß; denn der für sie unerträgliche Sinn dieser Bewegung war doch: Einheitsfront der werktätigen Massen, Klassenkampffront, Arbeiter- und Bauernregierung.

Nun ist es ja unleugbar, daß die Sozialdemokratie einigen Grund zum Zürnen hat, seit das Zentrum mit der Rechten in allen Wirtschafts- und Kulturfragen durch dick und dünn ging. Aber was eine rechte Liebe ist, die geht aus allen Anfechtungen nur gestärkt hervor. Es ist doch gar nicht so lange her, daß gerade Herr Sollmann im „Vorwärts" ein Loblied auf die im Zentrum und im Katholizismus ständig wachsende Annäherung an die Gedankenwelt des Sozialismus sang. Es handelt sich also im Grunde genommen nur noch um eine verschämte Erörterung des bei dem eventuellen Pakt zu zahlenden Kaufpreises.

Damit sind wir bei dem Kernpunkt: **Das Bündnis mit dem Zentrum ist nur für den Preis erneuten Verrats des sozialistischen Schulprogramms zu erkaufen.** Das ist der Sinn der Sätze Sollmanns:

„. . . Nennen wir nur drei kulturelle Gebiete: **Schule, Ehe, Geburtenregelung!** Wo wäre das Zentrum auch nur **um Millimeterbreite von seiner Linie abgewichen**, die der sozialistische Mensch als einem vergangenen Jahrzehnt zugehörig empfindet. Gewiß: wenn der Staat in seinen Grundfesten bebt, und die Wirtschaft chaotisch mogt, muß man schließlich Geistesfragen vorübergehend zurückstellen. Aber bringt nicht doch die sozialistische Kulturpolitik damit ein bedeutendes Opfer?"

Daß in der Tat beim Bündnis der Sozialdemokratie mit den Schwarzröcken stets die Partei August Bebels mit **Preisgabe der proletarischen Kulturinteressen zahlte,** lehrt die Geschichte der Republik auf jeder Seite, angefangen vom Weimarer Schulkompromiß im Jahre 1919 bis zum Schulkompromiß dieses Jahres in Baden.

Seit langem werden wir Kommunisten nicht müde, den sozialdemokratischen Arbeitern, vor allem auch den Freidenkern, den Lehrern- und Elternräten zu sagen: **Es droht ein neues Weimarer Kompromiß!** Wie damals, 1919, das Zentrum seine Zustimmung zur Weimarer Verfassung nur um den Preis des Artikel 146 bis 149, d. h. der Aufrechterhaltung der Konfessionsschule, gab, so macht es heute eine **erneute Koalition** mit der Sozialdemokratie von einem **Reichsschulgesetz** nach dem Herzen der katholischen Kirche **abhängig.**

Dabei weiß jeder Schulpolitiker, jeder Lehrer in Deutschland, daß jenes Weimarer Kompromiß, zu dem übrigens Fritz Ebert höchst eigenhändig die Fäden gesponnen hat, der **Pfahl im Fleische der deutschen Schule ist,** an dem sie rettungslos krankt. Die Freidenker haben auf ihrer Pfingsttagung dieses Jahres einstimmig, also **mit den Stimmen der Sozialdemokraten,** in einer Resolution diesen Bestimmungen der Reichsverfassung **schärfsten Kampf angesagt** in der richtigen Erkenntnis, daß dadurch Einheitlichkeit und Weltlichkeit des Schulwesens für immer zerstört werden. Aber der noch immer führende Schulpolitiker der Sozialdemokraten, der Staatssekretär im Reichsinnenministerium **Heinrich Schulz,** hält unentwegt (siehe seine Schrift: „Leidensweg des Reichsschulgesetzes") an diesem seinem Werke fest, in der ausgesprochenen Absicht, auf diesem Boden wieder wie einst 1919, zur Weimarer Koalition zu kommen. Und selbst der für „links" geltende Schulrat und Reichstagsabgeordnete **Löwenstein** hat vor kurzem erneut erklärt, daß „das Festhalten an der Reichsverfassung, d. h. dem Weimarer Kompromiß, auch auf schulpolitischem Gebiet die sicherste Position sein wird."

Wir wissen bereits, wie das geplante Reichsschulgesetz in den Hauptzügen aussehen wird. Heinrich Schulz hat es zuerst angekündigt. **Es soll drei Schulgattungen** geben (sahre wohl Einheitsschule!), **die Konfessionsschule** (die tatsächliche Regelschule), die


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260802-12/fragment/page=0001

**christliche Simultanschule (die Regelschule auf dem Papier) und die weltliche Sonderschule** mit Religionsgeschichte als Unterrichtsfach (zur Isolierung der Ketzer und zur Beruhigung der Arbeiterschaft), dementsprechend soll auch die Lehrerbildung gespalten werden.

Und nun weiß man auch, daß der Innenminister Külz, der „Potemkin"- und „Knüppel"-Demokrat, der Mann der neuen Zuchthausvorlage, bereits einen dieser Pläne genau entsprechenden Reichsschulgesetzentwurf fertig in seinem Schreibpult hat. Informatorische Mitteilungen sind darüber bereits den Spitzen des deutschen Lehrervereins gemacht worden.

**Heraus mit der Sprache!** Die gesamte Oeffentlichkeit hat das allergrößte Interesse daran, zu erfahren, was hier gebraut wird. Vor einem Jahre schlug die Sozialdemokratie mit Recht großen Lärm wegen des **Seelischen Reichsschulgesetzentwurfes.** Was jetzt Herr Külz plant, ist nicht um ein Haar weniger gefährlich. Offenbar weiß auch Sollmann sehr genau, um was es sich handelt und was hier, um mit seinen Worten zu reden, seiner Partei an Opfern zugemutet wird. Was auf Grund des Weimarer Kompromisses, d. h. der Artikel 146 bis 149 der Reichsverfassung, möglich ist, das hat das **bayrische Konkordat** gezeigt, jenes unerhörte Schulverpfaffungsgesetz, das der jetzige Reichskanzler Marx unter seiner ersten Kanzlerschaft für verfassungsmäßig erklärt hat. Baden hat gezeigt, wo durch das Kompromiß zwischen SPD. und Zentrum ein **Lehrerbildungsgesetz** zustandegekommen ist, das die Mitgliedschaft der Sozialdemokratie zu heftigen Protest gegen die Parteileitung auf den Plan rief.

Wir verlangen die sofortige Veröffentlichung des Külzschen Entwurfs! Dann wird man ja sehen, welchen Preis die Sozialdemokratie zu zahlen bereit ist. Auf eine Wendung in Sollmanns Artikel aber muß man besonders achten. Er erklärt, **Geistesfragen (!!) müsse man zurückstellen, wenn Staat und Wirtschaft bedroht sind.** Das ist genau dasselbe Argument, mit dem im Jahre 1919 Heinrich Schulz im Auftrage Eberts gegenüber der Opposition in seiner Partei das Kompromiß mit dem Zentrum durchsetzte. Soeben aber hat der „Vorwärts" in anderem Zusammenhang bei der **Erörterung der Regierungsfrage in Frankreich** erklärt, die Zeiten seien so „außergewöhnlich", daß sogar die **Verfassung nicht unbedingt Geltung habe.** Die Bedingung also, die Sollmann für die Preisgabe des sozialistischen Schulprogramms stellt, ist nach dem „Vorwärts" erfüllt.

Wir aber sagen den breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter: Gerade in Zeiten einer Krise, wie wir sie jetzt erleben, rettet nur eins das Proletariat: der eherne Zusammenschluß aller Werktätigen zur Klassenkampffront. Das Spiel der Koalitionsregierungen mit ihrem dauernden Verrat der Arbeiterinteressen darf sich nicht wiederholen. Auch das, was verbürgerlichte Sozialdemokraten „Geistesfragen" nennen, nämlich die Fragen der Erziehung und Schule, **sind Lebensfragen der proletarischen Klasse und ihrer Zukunft.** Das Zentrum ist ebensoehr die Partei des Zoll- und Steuerwuchers und der Fürstenabfindung, wie es die Partei der Kirchenherrschaft über Bildung und Schule ist. Wenn aber die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft sich im einheitlichen Kampfe gegen das Kapital zusammenfindet und entscheidende Maßnahmen zur Linderung der wirtschaftlichen Not durchsetzt, dann wird — wie beim Volksentscheid — das Klassenbewußtsein der Zentrumsarbeiter erwachen, sie werden zu uns stoßen trotz aller Verhetzung ihrer Priester. Und auf Grund solcher Kampfgemeinschaft allein werden sie erkennen, daß ihre Kirche nichts ist als eine Herrschaftsorganisation der Besitzenden, und sie werden verstehen, warum wir jedes Schulgesetz verwerfen, das nicht die Einheitlichkeit und Weltlichkeit sichert: Weil wir nicht wollen, daß schon die Kinder der Arbeitenden gespalten und auseinandergerissen werden, wie es von der herrschenden Klasse geschieht, um sie um so leichter nach ihrem Sinne zu lenken und auszubeuten zu können.

Den sozialdemokratischen Arbeitern und Lehrern aber erwächst die Pflicht, ihren Führern in den Arm zu fallen, damit sie nicht aus Angst vor den kommenden Klassenkämpfen und in dem Streben nach Ministersesseln von neuem die Einheitlichkeit und Weltlichkeit der Schule der Koalitionspolitik opfern.

## Die BL. Halle-Merseburg für die Beschlüsse der Plenarsitzung des ZK. der KP. der Sowjetunion

Sonnabend abend fand eine Bezirksleitungssitzung der KPD. Halle-Merseburg statt, in der ein Vertreter des ZK. zu den neuesten Beschlüssen der KP. der Sowjetunion sprach. Nach einer ausführlichen Diskussion wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen (14 dafür bei 2 Stimmenthaltungen). Bei einer Gesamtabstimmung der Anwesenden wurde die Resolution ebenfalls einstimmig angenommen (23 dafür, 3 Stimmenthaltungen).

### Resolution zu den Beschlüssen des Zentralkomitees der KPD. der Sowjetunion

Die Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD. stimmt den Beschlüssen der Plenarsitzung des Zentral-Komitees der KP. der Sowjetunion zu. Die Bezirksleitung hält diese Beschlüsse für notwendig, um die Einheit der Partei Lenins und der Kommunistischen Internationale zu verteidigen. Ohne die Einheit der Bolschewistischen Partei gibt es keine Diktatur des Proletariats.

Die Beschlüsse des 14. Parteitages der KP. der Sowjetunion verbinden den revolutionären Kampf der Kommunistischen Parteien mit der Sicherung der proletarischen Diktatur in Sowjet-Rußland. Diese Beschlüsse, die im Interesse des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion gefaßt wurden, liegen auch im Interesse der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Bereits auf dem 14. Parteitag der KP. der Sowjetunion wurden die Auffassungen der Opposition zurückgewiesen. Die Opposition in der KPD. der Sowjetunion hat jedoch die Beschlüsse des 14. Parteitages gebrochen und versucht, den Kampf gegen diese Beschlüsse mit Methoden, die die Einheit der Partei sprengen müssen, zu führen. **Die Bezirksleitung Halle-Merseburg verurteilt diese Methoden** und wendet sich insbesondere **gegen die Versuche, den Apparat der Exekutive der Kommunistischen Internationale in den Dienst des Fraktionskampfes der Oppositionsgruppen zu stellen.**

Die Opposition in der KP. der Sowjetunion läßt jede grundsätzliche Haltung vermissen. Die Tatsache allein, daß Genosse Sinowjew einer der Führer des Kampfes gegen den Trotzkismus in den Jahren 1923/24, jetzt mit Genossen Trotzki — dessen politische Haltung als unvereinbar mit dem Leninismus auf dem 13. Parteitag festgestellt wurde — gegen die leninistische Führung unserer russischen Bruderpartei in einer Fraktion kämpft, beweist, daß die **gegenwärtige russische Opposition den Boden des Leninismus verlassen hat.** Denn niemals war der Leninismus ein taktisches Bündnis von einander diametral entgegengesetzten politischen Auffassungen. Genosse Sinowjew hat seine Kapitulation vor dem Trotzkismus vollzogen und damit in den Augen der Kommunistischen Partei selbst den Beweis geführt, daß die Führung der Kommunistischen Internationale in den Händen einer Leitung liegen muß, die vom Wege des Leninismus nicht abweicht.

## Schwindelmeldungen aus Rußland

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" von heute bringen auf der ersten Seite folgende sensationelle Meldung unter der dreispaltigen Ueberschrift **„Sinowjew verbannt":**

„Aus gut unterrichteter Quelle verlautet, daß Sinowjew am Dienstag dieser Woche einen sogenannten Urlaub von zwei Jahren angetreten hätte. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, wo Sinowjew seinen Urlaub verbringen will. Man spricht vom Ural oder Sibirien."

Dazu schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten" einen längeren Kommentar, der mit den Worten schließt: „Kurzlich — bei all dem keine Täuschung: Sinowjew wird eines Tages zurückgerufen und die weltrevolutionäre Tätigkeit im Sinne der Komintern wird wieder aufgenommen werden."

## Antikriegskundgebung in Halle

**Halle, 1. August.**

**Gestern vormittag fand in Halle im „Volkspark"-Saal eine Kundgebung des hallischen Proletariats gegen den Krieg statt. Genosse Schröter hielt das Hauptreferat, nach ihm sprachen die Vertreter der proletarischen Organisationen. Die Kundgebung war eine mächtige Willenskundgebung für den Klassenkampf, ein Bekenntnis dafür, im Geiste Liebknechts und Lenins gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen.**

Wir brauchen wohl kaum zu bemerken, daß es sich bei dieser Meldung um eine lächerliche Sensation handelt, die schon vor wenigen Tagen dadurch eingeleitet wurde, daß die bürgerlichen Zeitungen von großen Unruhen in Moskau und Truppenkonzentrationen Trotzkis berichteten.

## Die „Prawda" zum Fall Maslow

(Telegramm der Inprekorr.) **Moskau, 31. Juli.**

**Die „Prawda" veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Maslow, ein Instrument in den Händen der Bourgeoisie? — Die deutsche Regierung nützt Maslow zu einer Fraktionsbildung in der Kommunistischen Partei aus", folgendes Telegramm der „TASS." aus Berlin:**

In den Kreisen des Justizministeriums sind Gerüchte im Umlauf, deren Quelle als durchaus zuverlässig betrachtet werden muß, wonach Maslow, der um eine Nichtvollstreckung des seine Ausweisung aus Deutschland verfügenden Gerichtsurteils nachgesucht hat, **ausnahmsweise ein weiteres Aufenthaltsrecht in Deutschland zugebilligt wurde.** Die Einwendungen gewisser Kreise gegen die Genehmigung des Maslowschen Gesuches wurden durch die Erwägungen **einflußreicher Beamter des Justizministeriums** entkräftet, die darauf hingewiesen haben, daß **Maslow in Deutschland zur Bildung von Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei nützlich sei.** Diese Erwägungen wirkten und Maslow wurde in Deutschland belassen.

## Levi zur russischen Parteidiskussion

Paul Levi hat sich 1921, als er sich von der Kommunistischen Partei löste, sofort gegen den Neuen ökonomischen Kurs Sowjet-Rußlands, angeblich vom „rein" sozialistischen Standpunkt aus, ausgesprochen. Es nimmt daher kein Wunder, daß Paul Levi auch jetzt die Partei der russischen Opposition ergreift. Er erinnert in einem Artikel unter der sensationellen Ueberschrift **„Der Umsturz in Rußland"** in folgenden Worten an seine damaligen konterrevolutionären Vorschläge:

„Wir schrieben vor Jahren einmal — Ausbau der Demokratie und der Schaffung einer demokratischen Bauernpartei; es sei vielleicht nötig — schrieben wir damals — diese Partei zu schaffen unter Opferung des besten Mannes, Lenins."

Diesen genialen Gedanken, Lenin zu opfern, eine antisozialistische Bauernpartei zu schaffen und die Kommunistische Partei auf 2, 3 Industriestädte zu beschränken, propagiert der **unbesiegbare Klassenkämpfer, der in die Partei Noskes und der Koalitionspolitik geflüchtet ist,** auch noch heute! Levi empfiehlt daher, stolz auf seine SPD.-Mitgliedsbuch pochend, den russischen Arbeitern, sich aus allen **Koalitionswirren zurück zu dem Grundgedanken des Marxismus zu finden,** und schließt mit der Versicherung:

„Für uns aber, die wir in Westeuropa die Dinge mehr aus der Ferne sehen, ist eines klar: **unsere Stellung ist bei der Opposition."**

## Bürgerkriegsmanöver zu Wasser und zu Lande

**Das Seemanöver bei Eckernförde — Severings Schupo in Aktion**

Die sozialdemokratische „Volksstimme" in Frankfurt a. M. berichtet über ein Landungsmanöver der preußischen Schupo, das am 22. Juni 1926 in Eckernförde in der Provinz Schleswig-Holstein stattfand. Die Bürgerkriegsübung hatte folgenden Plan: Der Hof Hemmelmark, der Sitz des Prinzen Heinrich von Preußen, sei von Kommunisten besetzt und müsse durch die landende Polizei geschützt werden. Sogar der Reichswasserschutz hatte Minensuchboote für dieses Manöver zur Verfügung gestellt. Mit diesen fuhr eine Polizeibereitschaft nach Eckernförde und führte das Manöver so durch, als ob die Kommunisten Eckernförde besetzt hielten. Selbstverständlich gelang es dem „Feldherrn" der Polizei, Eckernförde „im Sturme zu nehmen".

Am Schlußtagung begaben sich der Polizeistab und alle Kieler Schupo-Offiziere gemeinsam mit dem Kieler Polizeipräsidenten und den Regierungsvertretern aus Schleswig zu einem großen Festessen mit Schupo-Musik, Ansprachen und Glückwünschen über den „guten Verlauf" der Bürgerkriegsmanöver.

Die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme" weiß zu diesen Tatsachen nur zu sagen:

„Die **Posse** von Eckernförde trägt an sich einen **amüsanten** Charakter; die regelmäßige Verwendung von Staatsgeldern zu grotesken Exerzitien und wertlosen Parademärschen muß aber mit allem Ernste zurückgewiesen werden."

Wir finden dem gegenüber, daß die „Posse" von Eckernförde gar keinen amüsanten Charakter trägt, sondern einen sehr ernsthaften Teil jener Bürgerkriegsrüstungen darstellt, die im ganzen Reiche systematisch betrieben werden. Und war: sowohl durch die Schupo und Landespolizei der einzelnen Regierungen, als auch durch die Scharfschießübungen der faschistischen Kampfverbände. Wenn man von „grotesken Exerzitien und wertlosen Parademärschen" spricht, versucht man die Gefahren, die für die kommende Zeit der verschärften Wirtschaftskrise den Werktätigen von seiten der Bourgeoisie und ihrer Regierungen drohen.

Außerdem: warum geht die Frankfurter „Volksstimme" nicht auf die Tatsache ein, daß **der Sozialdemokrat Severing der verantwortliche Polizeiminister von Preußen ist?**

## Der Justiz- und Polizeiskandal in Magdeburg

**Die Verschwörung der schwarzweißroten Richter**

Der Untersuchungsrichter **Kölling** in **Magdeburg**, der durch seine seltsamen Untersuchungsmethoden im Mordfalle Helling den Mörder Schröder schützte, hat an den **Magdeburger Polizeipräsidenten** einen Brief gesandt. Dieser solidarisiert sich mit dem Kriminalkommissar Holt, gegen den ein **Disziplinarverfahren** eingeleitet worden ist, und mit dessen Vorgesetzten, **Kriminaldirektor Müller,** wandte sich aber wütend gegen den Berliner Kriminalkommissar **Buodorf** und gegen alle Berliner Polizeibeamten in Magdeburg. **Kölling erklärt in dem Brief, daß er jede Zusammenarbeit mit den von Berlin gesandten Kriminalkommissaren ablehne.** Er werde nur mit Beamten arbeiten, auf deren Bestimmung das preußische Innenministerium und Landeskriminalamt keinen Einfluß hätten.

Dieser Brief des Herrn Kölling kam zustande, nachdem die **ganze schwarzweißrote Sippe** der Magdeburger Richter zu einer geheimen Beratung zusammengetreten war und den **unerhört provokatorischen Vorstoß Köllings beschloß.** In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag hatten diese faschistischen Richterkreise dann die Vertreter der schwarzweißroten Hugenbergpresse zusammengezogen, ausgiebig informiert und ihnen den Brief übermittelt. Es war der Brief bereits in Berliner Blättern abgedruckt worden, ehe ihn der Magdeburger Polizeipräsident überhaupt in die Hand bekommen hatte. Der preußische Innenminister hat sich den Inhalts und der Fassung dieses Briefes an den Magdeburger Polizeipräsidenten gewandt und ihn angewiesen, **den Brief unbeantwortet zu lassen.** Severing erklärt amtlich, daß die Berliner Kriminalbeamten in Magdeburg weiter „zur Verfügung der Justizbehörden" dort verbleiben. Er will sich sofort an das Reichsjustizministerium gegen Kölling wenden.

Die Berliner Kriminalbeamten erklären, daß gegen Kölling ein geradezu **lückenloses Material** vorliege, daß er Fellinger in seinem Hause in Groß-Rottmersleben gedeckt hätte, um ihn zu betrauen und zu töten. Die **„Vossische Zeitung"** zeigt an entscheidenden Belastungsmomenten gegen Schröder, daß **er ganz bewußt und absichtlich sie überging zugunsten des Mörders Schröder.**

Es wird interessant sein, die „Stärke" der sozialdemokratischen Preußenregierung gegen das faschistische Richterkreise Magdeburg zu sehen. Der Magdeburger Justizskandal ist ausgebrochen an einem kriminellen Mordfall — bei Justizjuristen aller Koalitionsregierungen.

## Geßler vertuscht den Volksopfer-Skandal

(Eig. Ber.) **Dresden, 31. 7.**

Am heutigen dritten Verhandlungstag des Volksopfer-Prozesses kommt es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Meißner und dem früheren Kaiserer des Reichs Gründel, der, ebenso wie der Mitangeklagte Löffler, behauptet, daß **Meißner zur Deckung des Defizits Anweisungen gegen Quittungen über die entstandenen Fehlbeträge zu fälschen.**

Nach der Mittagspause wird Major Uth vom Reichswehrministerium vernommen, der eine Erklärung abgegeben hat, **vom Reichswehrministerium nur die Erlaubnis zu ganz bestimmten Aussagen habe,** über die er auf keinen Fall hinausgehen darf. **Es sei richtig, daß General Müller seinerzeit für bestimmte 10 000 Mark aus der Kasse des Volksopfers erhalten und erhalten habe.** Auf eine Frage des Vorsitzenden nach dem Zweck dieser Gelder erklärt Uth darauf, auf Anweisung des Reichsministeriums die Antwort verweigern zu müssen. Angeklagte Löffler den Major Uth fragt, ob der Zweck dieses Erlasses der Zwecken des Volksopfers entsprochen habe, erklärt Major Uth: **„Ich bin berechtigt, auszusagen, daß der Zweck dieses Erlasses mit dem Zweck des Volksopfers nichts zu tun hatte."** (Große Bewegung.)

## Die Gärung im Reichsbanner

Bekanntlich griff Hörsing in den sächsischen Reichsbannerkonflikt ein, indem er die schwer kompromittierten reichsbannerdemokratischen Minister Heldt und Müller, die laut Beschluß von Reichsbannerarbeitern ausgeschlossen werden sollten, verteidigte und diese als gute Republikaner hinstellt. Natürlich stimmt der offizielle „Sozialdemokratische Pressedienst" sämtlichen Ausführungen über die Sachsenkritik auf denselben Ton Hörsings ab.

Die **„Chemnitzer Volksstimme"** macht sich nun in einer Reihe Notizen in ihrer Ausgabe vom 26. Juli über die Abnahme ihres Pressedienstes lustig. Wenn der „Sozialdemokratische Pressedienst" „die inneren Differenzen im sächsischen Reichsbanner, die unerquicklichen und bedauerlichen Auseinandersetzungen" zurückführt, so stellt die „Volksstimme" mit Recht die Frage, wie es denn nun kommt, daß **derselbe Reichsbannerkonflikt** auch offen in anderen Teilen des Reiches, besonders in **Schlesien und im Rheinland** zu erscheinung tritt, wo es **keinen Sachsenkonflikt** gibt. Wenn Heldt und der Pressedienst die Minister Heldt und Müller als „Republikaner" reklamieren, dann sollen sie **Hindenburg von Seeckt** nicht vergessen, die ja im Reiche, ebenso wie 23 Rechten in Sachsen, **die Protektoren der faschistischen Kaliberverbände sind, die dies mit Gewehren und Maschinengewehren ausrüsten.** Das stellt die „Volksstimme" fest und fügt gleich hinzu: „Wenn der beste Kopf der Alten Sozialdemokratischen Partei, Rudolf Hilferding, im nationalistischen Fahrwasser segelt, dann mit Sicherheit angezeigt, daß nicht nur der „freie Volksstaat", sondern **die ganze Partei der Dreiundzwanzig nationalistisch, faschistische Politik treibt."**

Wir haben gegen diese durchaus richtige Feststellung der „Chemnitzer Volksstimme" nichts zu sagen, sondern können hinzufügen, daß der „Sachsenkonflikt" in der SPD. überhaupt existiert, wo sozialdemokratische Arbeiter ernsthaft über Klassenlage und die Politik ihrer Parteiführung nachzudenken beginnen.

## Kurze politische Meldungen aus aller Welt

**Trotzki in Berlin?** Wie der „Montag Morgen" berichtet, hat sich Trotzki bis vor kurzem in Berlin aufgehalten. Er weilte lediglich als Privatmann nach Berlin gekommen, um sich deutschen Aerzten behandeln zu lassen. Er wohnte während dieser Zeit in einer bekannten Klinik in der Dertlingerstraße.

**Die Rationalisierungsoffensive geht weiter.** Die Firma Mannheim, kündigt für den 15. August die Entlassung von 1500 Arbeitern an und stellt gleichzeitig in Aussicht, im Wege von 15 Prozent der Gesamtbelegschaft beschäftigen zu können. Es werden im Betrieb 2800 Arbeiter beschäftigt.

**Reichswehr als Lohndrücker in der Landwirtschaft.** An verschiedenen Orten der Provinzen Brandenburg und Pommern wird von Bauern und Landarbeitern berichtet, daß in den letzten Tagen größere Trupps Reichswehr zur Landarbeit eingesetzt worden sind, die neben freier Station und Logis 50 Pf. bis 1 Mk. pro Stunde erhalten. Zur gleichen Zeit werden Landarbeiter, die bei der Arbeit bewerben, in den betreffenden Orten nicht eingestellt.

**„Der blutige Sonntag".** „Der blutige Sonntag", der prämierte revolutionäre Film, der die Ereignisse des 9. Januar 1905 behandelt, die sogenannte „Gaponiade", ist in Wien verboten worden und hat stärkste Wirkung ausgeübt. An vielen Stellen dieses Film wollte sich der Beifall und die Hochrufe auf die russische Revolution nicht legen. Auch das deutsche Proletariat muß gezwungen, daß dieses gewaltige Filmwerk in Deutschland aufgeführt wird, das nach sachmännischen Urteilen noch die Wirkung des „Potemkin"-Films übersteigt.

**Wieder ein mißglücktes Attentat auf Primo de Rivera.** Sonnabend abend ist in Barcelona auf den General Primo de Rivera, kurz vor seiner Abfahrt nach Madrid ein Attentat verübt worden. General Primo de Rivera ist unverletzt geblieben und wurde zwischen in Madrid eingetroffen. Der Täter, den man sofort verhaftete, war ein revolutionärer Arbeiter, der bereits schon einmal wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt „vorbestraft" war.

**Mord an politischen Gefangenen in Rumänien.** Im Zuchthaus von Plava in Rumänien haben die Gefängniswärter eine Gruppe politischer Gefangener, die sich gewegert hatten, Latrinen zu reinigen, hineingeschossen. Ein Gefangener ist getötet und mehrere schwer verletzt.

**Günstige Lage der Aufständischen in Syrien.** (Reuter.) Nach Angaben aus Quellen, die man als zuverlässig bezeichnen kann, geht daraus hin, daß die aufständische Bewegung in Syrien sich ausdehnt und daß die Organisation und die Zusammenarbeit zwischen den Führern in den von der Bewegung ergriffenen Bezirken sich verbessert hat. Der Sultan Pascha Attrash hält in seiner vorsichtigen Haltung und geht mit seinen Kräften hinterlistig um. Er wartet immer die Gelegenheit ab, die französischen Stellungen zu umzingeln und den Franzosen Verbindungsangriffe zu liefern. Er hat die größte Bewegung erreicht dadurch, daß er die Frauen und Kinder der Drusen aus dem Bereich der Franzosen in die Wüste brachte. Er hat ausgezeichnete Organisation haben.

**2640000 Tote, 4250000 Verwundete**

**das Ergebnis des Weltkrieges für Deutschland**

**Arbeiter! Du mußt neuen imperialistischen Krieg verhindern durch den Eintritt in den RFB.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260802-12/fragment/page=0002

# Die Kommunistische Partei Ungarns lebt!

## Kampf und Sieg der Kommunistischen Partei Ungarns

Von Karl Kreibich

**Genosse Karl Kreibich hat dem Prozeß gegen Rakosi und Genossen bis zum Abschluß des Beweisverfahrens beigewohnt.** D. Red.

Das „Beweisverfahren" im Prozeß Rakosi ist abgeschlossen. Es war die Krone dieser Prozeßführung, deren ganzer Sinn es war, **wenigstens halbwegs zivilisierten Formen, die sich sozusagen vor den Augen des Auslandes sehen lassen können, den himmelschreiendsten Unrecht zu verbergen.** Das sei gesagt, obwohl das Urteil erst einige Tagen gefällt werden wird und heute noch nicht vorausgesagt werden kann. Denn angesichts des absoluten Nichts, das **die Anklagten an „strafbarem Tatbestand" nachgewiesen werden** und angesichts des **vollständigen Zusammenbruchs der fraktionskriminellen Beweisführung** — in jedem halbwegs zivilisierten Staate möchte nach einer solchen Blamage der Staatsanwalt seine Anklage schimpflich Reißaus nehmen — wäre auch die gerichtliche zu erwartende Strafe schon das, was die Angeklagten für ihre Verhaftung fast ein Jahr lang ausstehen mußten, ein **Justizmord.** Die einzigen „Beweise", die übrig geblieben sind, sind die anonymen polizeilichen Spitzelberichte, alles andere **in der Gerichtsverhandlung geradezu weggefegt worden.** Alle Belastungszeugen haben ihre Aussagen zurückgenommen. Und nach der Einvernahme der vier Polizeibeamten gab es keinen Menschen im Gerichtssaal, der nicht im Innern fest überzeugt war, daß hier die schmutzigste Polizeiseelen die krassesten Meineide geschworen haben. Selbst ein loyales Blatt wie der „Pester Lloyd" muß zugestehen, daß der einzige greifbare Beweis, der im ganzen Prozeß erbracht wurde, die Bekenntnisse der kommunistischen Angeklagten zur Kommunistischen Internationale gewesen seien.

Es ist aber trotz alledem keine Aussicht auf ein auch nur mildes Urteil vorhanden. Vor allem für unsere kommunistischen Genossen, die bei diesen Angeklagten handelt es sich bei der Galgenjustiz **nicht um den strafbaren Tatbestand, sondern um die Verurteilung der kommunistischen Gesinnung,** zu der sich unsere Genossen offen und stolz bekannten. Und dann ist schon die Zusammensetzung des Gerichtshofes danach. Der Vorsitzende ist höchstens 30 Jahre alt, von den beiden Beisitzern ist einer noch nicht einmal 25 Jahre alt. Das könnte ja für die ungarische Justiz ein gutes Zeichen sein, aber hier hat die Zusammensetzung des Senates aus jugendlichen Richtern keine Ursache darin, daß sich die Regierung älteren Richter nicht mehr sicher fühlte und sich daher drei junge Leute aussuchte, die Karriere machen wollen und denen bei **in diesem Prozeß eine günstige Gelegenheit dieses** bietet. Der Vorsitzende des Senates ist noch dazu erst vor kurzer Zeit von **der Zivilkammer zum richterlichen Dienst übergegangen.** Und wer die ungarische Justiz von heute kennt, wird vermuten müssen, daß **es als das Ergebnis des Beweisverfahrens das Streben dreier junger Karrieristen, sich die patriotischen Sporen zu verdienen, das** **Urteil beeinflussen wird.**

Aber so schmerzlich und empörend der Gedanke ist, daß unsere **unseren ungarischen Genossen eventuell noch Jahre in den Kerkern** des Horthyregimes werden schmachten müssen — wie auch das Urteil ausfallen mag und wenn es auch zum schlimmsten Exzeß der ungarischen Justiz werden sollte, dieser Prozeß wird nicht nur ein ehrenvolles Denkmal der Ungarischen Kommunistischen Partei bleiben: er bildet den **ersten großen Erfolg der KPU.** nach dem Zusammenbruch der Räodiktatur und den Ausgangspunkt weiterer Erfolge.

Die ungarischen Genossen haben nach unsäglichen Mühen und **Leiden den Kampf mit den herrschenden Gewalten aufgenommen.** Sie waren in der Reihen des ungarischen Proletariats. Es ist ihnen **in hartem Zeit gelungen, eine kleine Schar der besten, todesmutigsten proletarischen Klassenkämpfer in unsäglich mühevoller und gefahrvoller Arbeit um sich zu scharen. Der Erfolg war so groß, die Wirkung der illegalen kommunistischen Agitation in den Massen so hoch, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter gegen die korrupte, feig und moralisch verlumpte Führung ihrer Partei und Gewerkschaften zu revolutionieren begannen. Die sozialdemokratischen Führer kriegten Angst und denunzierten ihren eigenen Genossen der Polizei als Kommunisten, während sie sie zugleich den Arbeitern als verlumpte „Erzwachende", als ungarische Faschisten, zu denunzieren versuchten. Dazu gesellte sich der gelungene Streich eines Provokateurs, und die Arbeit, der Kampf der führenden ungarischen Genossen um die Organisierung einer kommunistischen Partei und Klassenjustiz wurden jäh unterbrochen.**

**Es war eine sehr schmerzliche Unterbrechung, aber sie wurde** **nicht revolutionär geschulten ungarischen Genossen ganz** **unmöglich: der Gegner ist stärker als wir und hat die Macht, was als das betrachtet er den Kerker und den Gerichtssaal; wir müssen den Kampf hier jetzt aufnehmen. Und sie machten aus** **dem Kerker, der ihr Grab, aus dem Tribunal, das ihre Hinrichtungsstätte werden sollte, den Schauplatz eines erbitterten Kampfes, indem sie, trotzdem der Gegner hier alle Machtmittel in der Hand hatte und sie wehrlos ausgeliefert waren, so tapfer und mutig und so sehr kämpften, daß sie heute der unbestrittene Sieger sind und das Urteil nur noch die Schande des herrschenden ungarischen Regimes und seiner Kreaturen vermehren kann.**

Die polizeiliche Inquisition mit ihrem ganzen Folterssystem, der **Kerker und das Standgericht — sie liegen dank dem zähen Widerstand der ungarischen kommunistischen Revolutionäre, dank ihrem Hungerstreik und dank der Aufrüttelung der Arbeitermassen in den anderen Ländern durch die Kommunistische Internationale schon längst besiegt und mit Schande bedeckt am Boden. Die Komödie des „ordentlichen Gerichts"** aber, mit der die ungarische Regierung dem Auslande Sand in die Augen streuen wollte, aber schließlich nur sich selbst ins Fleisch schnitt, ist durch das unerschrockene und kluge Auftreten unserer Genossen zu einem Tribunal geworden, in welchem sie die leidenschaftlichen Ankläger, das herrschende System der Angeklagten wurde und heute schon der Verurteilte geworden ist und der ganze Gerichtsapparat zur Rolle einer unwesentlichen Dekoration herabsank. Aus der „Verantwortung" der Angeklagten wurden **die ersten öffentlichen kommunistischen Agitationsreden,** die in Ungarn seit dem Zusammenbruch gehalten wurden. Die Polizei hatte unsere Genossen verhaftet, um ihnen die kommunistische Agitation unmöglich zu machen, um zu verhindern, daß sie in kleinen Zirkeln in geheimen Zusammenkünften zu ein paar Arbeitern vom Kommunismus sprechen — aber das Ergebnis der Aktion war, daß unsere Genossen vor der breiten Oeffentlichkeit des ganzen Landes zu Millionen sprachen und das Polizei- und Justizsystem Horthy-Ungarns vor dem ganzen Auslande bloßstellten.

Was aber der Prozeß vor allem gezeigt hat: **es gibt eine kommunistische Bewegung in Ungarn,** die Kommunistische Partei Ungarns lebt, und sie lebt und kämpft so, daß die Kommunistische Internationale auf diese ihre Sektion stolz sein kann. Das soll gerade angesichts der Leiden und Erniedrigungen, welche die ungarische Partei in den Jahren nach dem Fall der ungarischen Kommune durchmachen mußte, von allen denen, die diese Leiden und Erniedrigungen mit Schmerz ertragen oder mitfühlten, heute laut und mit Genugtuung ausgesprochen werden. Die Emigration ist nicht der Boden, auf dem eine Partei gut gedeihen kann, und da die ungarische Partei jahrelang nur in der Emigration lebte, wurde sie von den Fehlern und Schwächen der Emigration am heftigsten heimgesucht. Das ermutigte die offenen Feinde, wie auch die verstecken in den eigenen Reihen — denken wir nur an das Jahr 1922 — ihre Schmutzkübel über die ungarische Partei auszugießen. Aber auch manche guten Genossen gewöhnten sich daran, von der ungarischen Partei manchmal recht geringschätzig zu sprechen. Heute steht die Ungarische Kommunistische Partei wieder in den ersten Reihen der Komintern, wenn auch nicht an Zahl von Mitgliedern und Wählern, aber an leninistischer Schulung und Unerschrockenheit. Es soll da nicht nur von Rakosi und Weinberger gesprochen werden, die sich in dieser Situation als Führer, sowohl durch ihren Mut, als auch durch ihre gewandte Schulung erwiesen. Aber in dem Gerichtshof zeigte sich doch, daß die besten, tapfersten und moralisch festesten Proletarier, die Elite des ungarischen revolutionären Proletariats, in den Reihen der KPU. stehen. Sie alle haben sich wie Helden benommen, haben wie die Löwen gekämpft, und auch die Proletarier unter den Angeklagten haben bewiesen, daß sie nicht nur eine Schule des Mates, sondern auch eine gute Schule der geistigen Ausbildung genossen haben; auch sie zeigten sich in ihrer geradezu proletarischen revolutionären Logik dem ganzen Apparat der Prozeßführung überlegen. **Das Protokoll dieses Prozesses sollte schon deshalb als Buch herausgegeben werden, damit die Komintern ein Lehrbuch habe, wie sich Kommunisten vor Gericht zu benehmen haben.** Es gibt Erfahrungen, die das notwendig machen, und die Genossen von der KPU., die jetzt vor dem Budapester Gerichtshof standen, können darin den Genossen aller Sektionen der Komintern Lehrmeister sein.

Hier sei aber auch gleich festgestellt, daß auch die Angeklagten von der Vagi-Partei, auch jene, die ausdrücklich erklärten, daß sie keine Anhänger der Kommunistischen Internationale seien und auch ganz unkommunistische Ansichten äußerten, vor Gericht mutig und würdig auftraten und darin mit unseren Genossen wetteiferten. Daraus geht hervor, daß auch die besten Elemente der in ihren Anschauungen durchaus sozialdemokratischen Arbeiterschaft Ungarns in scharfer Opposition zu der Führung und Politik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns stehen. Daß sie in ihrer Schulung noch nicht weiter gekommen sind, ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß ja Ungarn seit dem Sturze der Diktatur jahrelang von der Außenwelt wie abgeschlossen und jedweder kommunistischen, ja auch nur linkssozialistischen Aufklärung unzugänglich war. Die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nötigte ja auch die sozialdemokratischen Führer, ihre Haltung gegenüber den Vagi-Leuten und auch unseren Genossen ein wenig zu ändern und vor Gericht so günstig auszusagen, wie es nur einem sozialdemokratischen Führergemüt in solcher Lage möglich ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß dieser Prozeß auch zum Tribunal für **die Sozialdemokratische Partei Ungarns** wurde.

So weit es uns trotz der polizeilichen Ueberwachung — sogar in den Zeitungsverschleißen, in denen wir einkauften, erschienen Detektive, um sich zu erkundigen, welche Zeitungen wir gekauft haben — möglich war, mit Genossen in Fühlung zu kommen, haben **wir erfahren können, welch ungeheuren Eindruck der Prozeß auf die Arbeiterschaft macht.** Um ihn drehte sich in diesen Tagen das ganze **politische Interesse der arbeitenden Klassen Ungarns. Es war eben das erste öffentliche Auftreten der Kommunisten in Ungarn seit dem Sturze der Diktatur. Und unsere Anwesenheit verfehlte ihren Eindruck nicht, obwohl die „Nepszava",** zum Unterschied von der übrigen Presse, unsere Namen verschwieg und uns mit der Bemerkung abtat, daß aus der Tschechoslowakei „zwei ganz junge Leute" als Vertreter der dortigen Kommunistischen Partei anwesend seien. Die Arbeiterschaft Ungarns sieht, daß die Kommunistische Internationale alles tat, um den revolutionären Klassenkämpfern, die vor Gericht stehen, und mit ihnen dem gesamten gequälten Proletariat Ungarns die Solidarität des kommunistischen Weltproletariats zu zeigen. Es war mehr als ein Gruß, es war eine eindrucksvolle Kundgebung aus einer Welt der brüderlichen Solidarität, vor der das ungarische Proletariat seit sieben Jahren hermetisch abgeschlossen war. Wir konnten auch selbst aus manchen verholenen und verstohlenen Zeichen der Sympathie erkennen, wie richtig unsere Anwesenheit bei dem Prozeß eingeschätzt wurde.

Auch wir haben uns trotz alledem und alledem auch davon überzeugen können, daß Ungarns Kommunisten auch außerhalb des Gerichtssaales weiterkämpfen, daß für die Eingekerkerten neue Kämpfer erstanden sind, und daß die Reihen der KPU. aus den besten proletarischen Elementen bestehen, die der Prozeß erprobt und stählt.

So tief uns das Leiden der persönlichen Opfer des Prozesses berührt, es wird reichlich gedeckt durch die unverrückbare Tatsache, daß der Rakosi-Prozeß das Heldenlied vom Kampf und Sieg der Kommunistischen Partei Ungarns ist und der Sache der Partei einen gewaltigen Anstoß gegeben hat.

---

## Neues Vertrauensvotum für Poincaré

### Poincaré will noch nicht sofort den Franken stabilisieren

(WTB.) **Paris,** 31. Juli.

Die Kammer hat heute vormittag mit der Besprechung des Gesetzentwurfes der Regierung über die Finanzierung begonnen. Zu Beginn der Sitzung beantragte der kommunistische Abgeordnete Cachin, die Besprechung so lange zu vertagen, bis die Regierung einen Entwurf eingebracht haben werde, der dem am 11. Mai 1924 von den Wählern zum Ausdruck gebrachten Willen entspreche.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Chappedelaine lehnte im Namen des Ausschusses den kommunistischen Antrag ab.

Dann ergriff als Wortführer der Minderheit des Finanzausschusses der sozialistische Abgeordnete Auriol das Wort. Er erklärte: Der Entwurf, den wir bekämpfen, bereitet die Währungsstabilisierung nicht vor, sondern schiebt sie im Gegenteil hinaus. Der Regierungsentwurf ist nichts anderes, als eine Zusammenstellung der bekannten Steuerbelastungen, wie sie bereits von den früheren Finanzministern Doumer, Loucheur und Péret vorgelegt worden waren. Er fragte die Regierung, was sie gegen das Steigen der Preise zu tun gedenke, und ob sie etwa zu der Finanzkrise noch eine Wirtschaftskrise treten lassen wolle. Er sprach die Befürchtung aus, daß dies

**die Arbeiter bald zu einer Erhebung treibe**

und daß die Regierung gezwungen sein werde, Aufstände zu unterdrücken.

Poincaré, der hierauf sprach, wurde gleich bei den ersten Worten von anhaltenden heftigen Zurufen der Kommunisten unterbrochen. Er erklärte, es handele sich darum, einer Lage ein Ende zu bereiten, an deren Verschärfung die Kommunisten Interesse hätten. Man habe sich in einem Kabinett des Burgfriedens zusammengefunden, um keine Fehler mehr zu begehen, da man mitten in einer Krise stehe. Die Sachverständigen hätten erklärt, das zu erreichende Ziel sei die Währungsstabilisierung. Um dies zu erreichen, seien Uebergangsmaßnahmen erforderlich. Die Regierung habe die Zuversicht, daß das Land an der Wiederherstellung der Währung mitarbeiten werde. Dabei sei es notwendig, an die Erhaltung der Wirtschaft zu denken. **Wenn das erreicht sei, könne stabilisiert werden.**

Alsdann wurde die Generaldebatte beendet und mit 380 gegen 150 Stimmen beschlossen, heute nachmittag in die Einzelberatung einzutreten. Bei dieser Abstimmung hatte die Regierung die Vertrauensfrage gestellt.

### Poincarés neue Steuern

(TU.) **Paris,** 31. Juli.

Im weiteren Verlauf der heutigen Kammersitzung wurde Artikel 3 des Finanzprojekts der Regierung, der die Erhöhung der Steuern auf Weine und andere Getränke betrifft, mit 298 gegen 176 Stimmen angenommen. Ferner wurde Artikel 4 über die Erhöhung der Transportsteuer und Artikel 5, der die Erhöhung der Steuern auf Automobile vorsieht, angenommen. Ohne weitere Verhandlungen wurden dann im weiteren Verlauf die Artikel 6 bis 19 angenommen, so daß die Kammer um 5.7 Uhr abends bereits sämtliche Artikel einschließlich Artikel 20 angenommen hatte. Man erwartet, daß bei Artikel 21, der die Erhöhung der Steuer auf die Landwirtschaft vorsieht, sich Schwierigkeiten zeigen und dieser Artikel zu einer längeren Debatte Anlaß geben wird.

---

## Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Ein englischer Arbeiterroman von Robert Tressal *)

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

Anfänglich schien der Rahmen nicht schwer, aber das Gewicht nahm mit der Zeit zu, und die Gurte schnitten in die Schulter ein. Er hielt sich tapfer entwichtig, besonders wenn er seine alten Kollegen von denen mancher über ihn lachte.

Er erlernte seine, ganze Aufmerksamkeit darauf wenden mußte, den Ton hinzuhalten, und sein Augenlicht so schlecht war, so wurde die Arbeit paarmal fast überfahren. Seine Verwirrung wurde noch vergrößert durch den Spott der anderen Sandwichmänner, die, wie alle Müßiggänger von den Wirtshäusern und aus den Gebäuden der Straßenjungen, die ihm „Jack im Kasten" nachriefen.

Manchmal warfen die Jungen mit Spesserestes nach ihm, und einmal lief ihm von einer nachgeschleuderten faulen Apfelsine der Boden heraus.

Dann Abend konnte er sich vor Müdigkeit kaum noch auf den Beinen halten. Seine Schultern, Füße und Beine schmerzten ihn, und als er das Ding zum Geschäft zurückbrachte, wurde er von einigen verlumpten, dreckigen, hiergebundenen Alten angerempelt, deren Gesicht von Trunkenheit und Wut gerötet war. Es war der Vorabend der Soldat, der am Tage vorher entlassen war. Er fluchte und schimpfte und beschuldigte Linden, ihm das Brot aus dem Mund gestohlen zu haben. Dann schüttelte er wütend die Fäuste und sagte, er hätte nicht übel Lust, ihn auf den Kopf zu hauen, daß er durch die Rippen sähe, wie der Affe aus dem Käfig. Linden hätte er auch versucht, seine Drohung in die Tat umzusetzen, daß beruhigte ihn das rechtzeitige Auftauchen eines Polizisten und er trollte sich von dannen.

Am nächsten Tage nicht mehr hin. Lieber wollte er verhungern, als noch etwas mit diesem Reklamekosten zu tun haben. Seit dieser Zeit schien er jedoch alle Hoffnung auf Geldverdienen aufgegeben zu haben. Es war immer dasselbe, keiner wollte ihn. So ging er ziellos durch die Straßen und traf dann mit einem alten Arbeitskollegen, der ihn zu einem Glase einlud. Dies auch das geschah nicht oft, denn fast alle waren jetzt erwerbslos und abgebrannt. Während dieser Zeit hatte jedoch Mary Linden, seine Schwiegertochter, „eine Masse Arbeit". Sie verfertigte Blusen und Kinderstrümpfe für Schwitzer & Co.

Zuerst hatte man ihr nur die billigsten Sorten gegeben, solche zu 2 Schilling das Dutzend, doch da sie sie sehr sauber machte, erhielt sie in letzter Zeit die besseren Qualitäten, bei denen sich trotz des höheren Preises die Arbeit nicht so lohnte, weil viel mehr Arbeit daran war. Einmal bekam sie ein ganz besonderes Stück anzufertigen, für das sie 6 Schilling erhielt, doch kostete es sie 4½ Tage von morgens früh bis abends spät, um es zu schaffen. Der Dame, die die Bluse kaufte, erzählte man, sie käme aus Paris und sie zahlte drei Pfund dafür. Doch das wußte die junge Frau natürlich nicht, und wenn sie es gewußt hätte, hätte es auch noch keinen Unterschied gemacht.

Der größte Teil ihres Verdienstes ging für die Miete hin. Oft blieben nur 2 oder 3 Schilling, um die Nahrung für alle zu kaufen, und manchmal war es noch nicht einmal soviel, denn obgleich sie „viel Arbeit" hatte, so konnte sie sie doch nicht immer tun. Manchmal war es unerträglich, die Maschine noch länger zu treten; ihre Schultern schmerzten, ihre Arme verkrampften sich und ihre Augen taten so weh, daß sie nicht weiter konnte

Als sie vier Wochen mit der Miete im Rückstand waren, und die Drohungen des Verwalters, der für ihren Wirt, Herrn Schwitzer, kassieren kam, sie mit dem schrecklichen Gedanken erfüllten, daß man ihre Sachen verkaufen und sie aus dem Hause herauswerfen würde, da beschlossen sie, den runden Mahagonitisch und andere Dinge aus dem Wohnzimmer zu verkaufen. Jetzt gehörte alles, was im Hause geblieben war, ihr. Bevor ihr Mann starb, hatte es in ihrem Heim gestanden.

Mr. Didlum, der Möbelhändler, der die Sachen besichtigen kam, blickte sie voller Verachtung an. Fünf Schilling war das äußerste, was er bieten wollte, und selbst da zweifelte er, ob er sein Geld zurückkriegen würde. Schließlich gab er ihr 30 Schilling, für den Tisch, den Kaminaufsatz, den Lehnstuhl, drei andere Stühle, und die beiden besten Bilder, einen großen Stahlstich: Der barmherzige Samariter und ein anderes: Christus segnet die kleinen Kinder.

Er zahlte das Geld sofort; eine halbe Stunde später kam der Möbelwagen, um die Sachen abzuholen. Als sie weg waren, sank Mary Linden in dem leeren Zimmer auf dem Kaminteppich nieder und schluchzte, als ob ihr das Herz brechen wollte.

Das war der Anfang von verschiedenen ähnlichen Geschäften. Langsam, Stück für Stück wurde die Einrichtung verkauft, um Lebensmittel zu schaffen und die Miete zu zahlen.

Jedesmal, wenn Didlum kam, tat er so, als erweise er ihnen eine große Gnade, wenn er die Sachen überhaupt kaufte. Er brauchte sie nicht. Das Geschäft ginge so schlecht, daß es Jahre dauern könne, ehe er sie wieder los würde usw. Ein paarmal fragte er Mary, ob sie nicht die Uhr verkaufen wolle, die Uhr, die ihr verstorbener Mann seiner Mutter gemacht hatte.

Aber vor dem Gedanken an diesen Verkauf schreckte Mary zurück, bis schließlich nichts anderes übrig war, was Didlum kaufen wollte, und in einer Woche, als sie zu schwach zu ihrer Näherei war, kam auch die Uhr heran. Didlum gab dafür 10 Schilling.

Mary hatte befürchtet, der alten Frau würde das Herz brechen bei der Trennung von dieser Uhr und sie war überrascht über ihre Gleichgültigkeit. Tatsächlich waren die beiden Alten seit einiger Zeit wie betäubt und unfähig, das, was sich um sie herum ereignete, zu erfassen.

Nach und nach wurden auch alle übrigen Einrichtungsgegenstände, Dinge von so geringem Wert, daß Didlum sie nicht beachtete, in kleinen Trödlerläden in den Seitengassen verkauft, oder in der Pfandleihe versetzt. Die Federbetten, Bettdecken, Decken, Vorleger, das Wachstuch, und alles, was von ihrer Kleidung irgendwie verkäuflich oder versetzbar war, mußte dran glauben. Der Verlust der Bettücher wurde schmerzlicher empfunden als jeder andere, denn abgleich alle Kleider, die sie tagsüber anhatten, und alle alten Kleidungsstücke und Anzüge und sogar das bunte Tischtuch nachts auf das Bett gelegt wurden, waren sie doch kein Ersatz für die Bettücher und oft konnten sie wegen der strengen Kälte nicht einschlafen.

Eine Rechercherin des Wohlfahrtsamtes, die manchmal zu ihnen hereinsah bewilligte ihnen einen Zentner Kohlen, und ab und zu auch Nahrungsmittel im Werte von einem Schilling, ein Billett für ein Quart Suppe, die Else abends aus der Küche holte. Aber das kam nur selten vor, denn, wie die Dame sagte, machte die Menge ähnlicher Fälle es unmöglich, mehr als ein klein wenig für sie zu tun.

Manchmal war Mary so schwach und erschöpft, daß sie ganz zusammenbrach. Dann legte sie sich in ihrer Stube aufs Bett und begann zu weinen.

An solchen Tagen erledigten Elsie und Charlie die Hausarbeit, wenn sie aus der Schule zurückkamen, bereiteten Tee und Toast und brachten es ihr ans Bett.

Eigentlich gefielen den Kindern diese Zeiten ganz gut; die Stille und Muße waren so ganz verschieden von den Tagen, wo ihre Mutter so beschäftigt war, daß sie gar keine Zeit hatte, mit ihnen zu sprechen.

Sie saßen gern am Bette, ihnen gegenüber die alte Großmutter in ihrem Stuhle und schwatzten über die Zukunft. Elsie wollte Lehrerin werden und einen Haufen Geld verdienen, bis sie ihrer Mutter nach Hause bringen würde, damit sie davon einkaufen konnte. Charlie beabsichtigte, einen Kaufmannsladen zu eröffnen und Pferd und Wagen zu halten.

(Fortsetzung folgt.)

---

*) Der Roman ist auch in Buchform erschienen. Sonderpreis für Leser: Broschierte Ausgabe statt 2,80 Mk. nur 2 Mk.; Leinenausgabe statt 3,80 Mk. nur 2,50 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung Halle, Lerchenfeldstr. 14, oder direkt vom Verlag. Bestellungen nehmen auch alle „Klassenkampf"-Stellen entgegen.

Redaktion: Wetterdorf; die Träger sind zwischen die Plakate geklemmt wie die Fischen die Brotschnitten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260802-12/fragment/page=0003

**WALHALLA**
8 Uhr Telephon 8385
**Die großen internationalen**
**Meister-Ringkämpfe**
**Heute Montag ringen:**
**Urdach** geg. **Schwarzbauer**
Europamstr. (Köln) Hamburg
**Lodmayer** geg. **Peter Debie**
Meisterringer der Steiermark — Champion von Luxemburg
**Grunewald** geg. **Omeltschenko**
Meisterringer vom Rheinland — Champion der Ukraine
**Pietro Scholz** geg. **Opitz**
Meister von Berlin — Meister von Thüringen
**Vorher: Ein erstklassiger Varieté-Teil**
Gewöhnliche Preise: 0,50–3,50 Mk.
Tageskasse ab 11 Uhr



**Volkspark**
Burgstraße 27 Tel. 1107 u. 0025
Straßenbahnverbindung Linie 8 u. 7
**Morgen, Dienstag, abds. 8 Uhr**
**13. Sommer-Konzert**
verbunden mit großem 2821
**Pracht-Feuerwerk**
Eintritt 0,50 Ermäßigte 0,30



**Solbad Wittekind**
Dienstag, 3., u. Mittwoch, 4 Aug., früh 7, nachm. 4 u. abends 8 Uhr:
**KONZERTE**
des Halleschen Sinfonie-Orchesters
Leitung Benno Platz
Mittwoch, abends 8 Uhr:
**EHRENABEND**
für die Mitglieder des Hall. Sinfonie-Orchesters
Solistin Grete Welz (Gesang)



**Allgem. Konsum-Verein zu Leitzkau b. Halle (S.) e. G. m. b. H.**
**Sonnabend, den 14. August 1926:**
**Ordentliche Generalversammlung**
Tagesordnung:
1. Bericht über das Geschäftsjahr 1925/26; Bericht des Aufsichtsrates; Genehmigung der Bilanz u. Entlastung des Vorstandes
2. Beschlußfassung über Verteilung der Ersparnisse
3. Wahl der statutengemäß ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, sowie eines freiwillig und eines ebenmäßig freiwillig ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedes
4. Antrag der Verwaltung auf Vergrößerung des Verkaufsraumes und des Lagers
5. Anträge der Mitglieder und Geschäftliches nach § 45 des Statutes
*3522
**Der Aufsichtsrat.** Friedrich Deparade



**Seefische**
**blutfrisch, Dienstag**
früh in der
**Nordsee**
**Seelachs** ohne Kopf Pfd. nur **28 Pf.**
**Kabeljau** ohne Kopf Pfd. nur **38 Pf.**
**Karbonaden** brat-fertig **50 Pf.**
Schellfisch o. Kopf, Zander, lebd Aale
**Räucherwaren**
täglich frisch aus dem Rauch
**Aale**
prima fette, reinschmeckende Ware
**Oelsardinen**
in reinschmeckendem Olivenöl
**Neue Matjesheringe**
**Neue Vollheringe**
**Neue saure Gurken**



**SARRASANI**
Halle, Rossplatz Tel. 9617 Täglich 7.30 Uhr
Neu Neu Neu Neu **Kosaken sind da!**
Die wildesten Reitkünstler der Welt
**LETZTE Aufführung Mittwoch 3 Uhr**
**Vorverkauf:** Sarrasani-Kasse
Curt Walla, Poststraße 1
J. L. Heise, Handelstraße 38
**Extrazüge:** Dienstag ab Halle 11.30 Uhr Richtung Nordhausen und Zwischenstationen
Aufbewahrung von Fahrrädern und Motorrädern in der Sarrasani-Schau



**Wittenberg, Vogelwiese**
**Heute, Montag, den 2. August findet auf dem „Schützenplatz" (Tauenzienplatz) zum Abschluß der Vogelwiese ein**
**Brillant-Feuerwerk**
statt. Hierzu laden freundlichst ein
957 Die Schausteller



Oranienburger
**Kernseife** Riegel (5 teilig) ..... **65 ₰**
**Hohnwald jun.**
Weißenfels, Gr. Kalandstr. 36



von Mk. 2,– an
**Irrigatoren** . . von Mk. 1,60 an
**Windelhosen** . . „ „ 0,95 „
**Damenbinden** . . „ „ 0,25 „
**Badehauben** . . „ „ 0,50 „
**Gummischürzen** „ „ 1,20 „
**Spendet für die Rote Hilfe**
**C. Klappenbach & Co.**
Große Ulrichstraße 41 143



**Ledersohlen**
**Gummiabsätze**
billig bei 142
**With. Kranig**
Neue Promenade 15
Korbfindermagen bill. u. perf. Tischler, Kl. Ulrichstr. 5, h. I.
**Alte Bücher**
empfehlen die
**Buchhandlungen**
Harz 42/44
Lerchenfeldstr. 14
Kaninchenhäute u. Wetzchen kauft zu Tagespreisen W. Schulz Rosenhofstraße 16.


# Versammlungen der KPD.

**Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsgruppen Telephonruf 8277**

**Halle.** Konferenz der kommunistischen Betriebsräte am Dienstag, 3. August, abends 8 Uhr, im „Volkspark". Alle kommunistischen Betriebsräte müssen unbedingt erscheinen. Referent des ZR. ist anwesend.

**Nietleben.** Mittwoch, 4. August, große Anti-Kriegsdemonstration mit anschließender Versammlung. Die gesamte Einwohnerschaft muß daran teilnehmen.

**Büschdorf.** Mitgliederversammlung Donnerstag, 5. August, abends 8 Uhr, im Gasthof zur „Nachtigall", Reideburg. Alle Genossinnen und Genossen müssen wegen Wichtigkeit der Tagesordnung erscheinen.

**Ammendorf.** Mitgliederversammlung am Mittwoch, 4. August, abends 8 Uhr, im „Burgklöschchen". Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Unterbezirk Merseburg-Querfurt**

**Arbeitsgebiet Geiseltal.** Am Montag, 2. August, abends 7½ Uhr, in Neumark, Schumanns Gasthof, erster Abend des Gewerkschaftskursus für die Ortsgruppen Mücheln, Neumark, Braunsdorf, Kauna, Frankleben und Beuna. Wer nicht dringend verhindert ist, muß erscheinen.

**Arbeitsgebiet Merseburg.** Dienstag, 3. August, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg" erster Abend des Gewerkschaftskursus für Merseburg und Umgegend. Nur dringende Verhinderung entschuldigt.

**Arbeitsgebiet Lützen-Dürrenberg-Großkayna.** Mittwoch, 4. August, abends 8 Uhr, im „Feldschlößchen" erster Abend des Gewerkschaftskursus für Lützen, Großkayna, Altranstädt, Kaniehau, Dürrenberg, Tollwitz und Goddula. Wer nicht dringend verhindert ist, muß erscheinen.

**Fröhlichen-Bruna.** Mitgliederversammlung am Mittwoch, 4. August, abends 8 Uhr, beim Genossen Pöhlik. Wichtige Tagesordnung. Verbandsbücher mitbringen.

**Untergau Torgau-Liebenwerda**

**Jessen.** Mitgliederversammlung Dienstag, 3. August, abends 8 Uhr, im Lokal Holbart. Alle Genossinnen und Genossen müssen wegen Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erscheinen.

**Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz**

**Weißenfels.** Allgemeine Mitgliederversammlung am Donnerstag, 5. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Referent der BL ist anwesend.

**Weißenfels.** Dienstag, 3. August, Sitzung der VPU. und Zellengruppenleiter.

**Weißenfels.** Montag, 2. August, Sitzung sämtlicher Agitpropleiter der Zellen.

**Weißenfels.** Mittwoch, 4. August, treffen sich alle Zellenleiter mit den Zellengruppenleitungen. Einladung erfolgt schriftlich.

**Zeitz.** Sitzung der Stadtleitung und sämtlicher Referentenvertreter am Montag, 2. Aug., abends 8 Uhr, in der „Kaffeeschenke". Festlegung des Arbeitsplanes für August. Alles hat zu erscheinen.

# „Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gauleiterstatut Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr. Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döldner, Halle, Postamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

**Untergau Halle-Saalkreis**

**Bezirk 1 (Süd).** Montag, 2. August, abends ½8 Uhr, im „Herzberg Kaffee" Bezirksführerversammlung.

**Bezirk 2 (Süden).** Montag, 2. August, abends 8 Uhr, in Loeths Hof Pflichtversammlung.

**Bezirk 3 (Westen).** Montag, 2. August, abends 8 Uhr, in der Produktiv. Pflichtversammlung.

**Bezirk 4 (Norden).** Dienstag, 3. August, abends 8 Uhr, im „Volkspark" außerordentliche Mitgliederversammlung. Funktionäre eine Stunde früher.

**Bezirk 5 (Zentrum).** Mittwoch, 4. August, abends 8 Uhr, im „Volkspark" außerordentliche Mitgliederversammlung.

**Halle.** Mittwoch, 4. August, Sitzung der neugewählten Ortsvorstände und Kassierer abends ½8 Uhr „Goldene Kette".

**Werderbezirk Dölau.** Sämtliche Spielleute Dienstag, 3. August, abends 8 Uhr in Kletschens Uebungsstunde. Zu erscheinen haben die Spielleute von Passendorf, Zscherben und Lettin.

**Untergau Merseburg**

**Frankleben.** Dienstag, den 3. August, abends 8 Uhr, Pflichtversammlung.

**Untergau Sangerhausen**

**Rieinsdt.** Montag, 2. August, öffentl. Versammlung. Thema: Gegen imperialistische Kriege. Referent: Kamerad Schippa.

**Untergau Zeitz**

**Zeitz.** Mittwoch, den 4. August, Pflichtausmarsch. Sammelplatz: Knabenvolksschule Steingraben. Abmarsch 7.30 Uhr. Spielleute zur Stelle.

**Untergau Bitterfeld**

**Wolfen.** Montag, den 2. August, wichtige Mitgliederversammlung.

**Untergau Wittenberg**

**Wittenberg.** Mittwoch, den 4. August, abends 7 Uhr, Funktionärsitzung. Um 8 Uhr Mitgliederversammlung.

# KJVD

**Bezirk Halle-Merseburg**
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

An alle Mitglieder der Bezirksleitung!

Werte Genossen! Am Mittwoch, dem 4. August, abends 8 Uhr, findet auf dem Jugend-Sekretariat eine sehr wichtige Bezirksleitungssitzung statt, zu der jedes Mitglied der Bezirksleitung erscheinen muß. Noch wenige Wochen trennen uns vom Internationalen Jugendtag und wir müssen schon jetzt einen fertigen Arbeitsplan für die Bezirksleitung Merseburg zum Internationalen Jugendtag festlegen. Wir erwarten, daß deshalb jeder Genosse pünktlich erscheint.

**Unterbezirk Halle-Saalkreis**

**An alle älteren Mitglieder und Funktionäre.** Am Sonntag, dem 8. August, vormittags 9 Uhr, findet in der Jugendherberge, Weingärten, für alle älteren Mitglieder ein Kursus statt. Alle Genossen und Genossinnen, welche sich daran beteiligen wollen, müssen sich bis spätestens Donnerstag im Jugendsekretariat eingeschrieben haben.

Montag. Alle eingeladenen Zehnerschaftsführer müssen unbedingt zur angesetzten Zeit erscheinen.

Dienstag, abends ½8 Uhr im Jugendbureau! Zusammenkunft aller Genossen, welche die Zertheilungsschaft bilden.

Mittwoch. Abends 7 Uhr Spielen auf der Peisnitz.

Donnerstag. Abends 8 Uhr in der Jugendherberge Zusammenkunft aller Genossen, welche Musikinstrumente besitzen, zwecks Gründung einer Musikgruppe.

**Ammendorf.** Dienstag, 3. August, abends 8 Uhr, im Restaurant „zur Post" Monatsversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

**Gröbenlg.** Montag, abends 8 Uhr, beim Genossen Richter, Mobelmig, Arbeitsgebietsfunktionärsitzung.

**Unterbezirk Merseburg-Querfurt**

**Querfurt.** Heute Montag, 8 Uhr Funktionärsitzung.

Mittwoch 8 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle neuaufgenommenen Mitglieder müssen erscheinen.

Freitag Spielabend.

**Querfurt.** Jeden Mittwoch Zusammenkunft.

**Unterbezirk Weißenfels**

**Naumburg.** Donnerstag, 5. August, Mitgliederversammlung.

# Jung-Spartakus-Bund

**Bezirksleitung i. Halle-Merseburg**
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr 14

**Ammendorf.** Dienstag, 3. August, abends 5 Uhr, im Heim Gruppenabend. Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen. Anschließend Empfang des Genossen Otto an der elektrischen Straßenbahn.

**Weißenfels.** Spielmannszug. Von jetzt an jeden Donnerstag und Montag abend 6 Uhr Treffen am Klingenplatz zur Uebungsstunde. Jeder hat zu erscheinen.

# Rote Falken-Zeitschrift

**Bezirk: Halle-Merseburg**
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

**Torgau.** Dienstag, 3. August, abends 8 Uhr, in der „Waldschenke" Mitgliederversammlung. Dienstag, 3. August, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung bei Otto Dietz, Burgstraße. (Sehr wichtig. Alle Funktionäre erscheinen.)

# Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Ortsgruppen sind verpflichtet, bei allen Werbeveranstaltungen Sammlungen für die englischen Bergarbeiter vorzunehmen. **Gesammelte Beträge sind sofort der JAH. Halle zu überweisen.** **Die Sanleitung.**

# Bekanntmachung

**Ortssatzung**
**für die gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Berufsschule in Pieskerig, Kreis Wittenberg**

Auf Grund des Gesetzes betr. die Erweiterung der Berufs- (Fortbildungs-) Schulpflicht vom 31. Juli 1923 (Ges. S. S. 367) in Verbindung mit §§ 120, 142, 150 der Gewerbeordnung und des § 87 des Allgemeinen Bergegesetzes vom 24. Juni 1865 (Ges. S. S. 705) in der Fassung der Novelle vom 24. Juni 1892 (Ges. S. S. 131) wird, nachdem beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie deren Berufsvertretungen Gelegenheit zur Aeußerung gegeben ist, folgende Satzung für die Gemeinde Pieskerig, Kreis Wittenberg, erlassen:

§ 1
**Schulpflicht**

1. Zum Besuch der für den Bezirk der Gemeinde Pieskerig errichteten Berufsschule sind alle nicht mehr volksschulpflichtigen, im Schulbezirke der Gemeinde Pieskerig irgendwie beschäftigten oder wohnhaften unverheirateten Jugendlichen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren verpflichtet.
2. Gleiches gilt für den Jugendlichen sowohl am Beschäftigungsorte wie am Wohnorte die Pflicht zum Besuche der Berufsschule, so ist ihr am Beschäftigungsorte zu genügen. Beim Vorliegen wichtiger Gründe ist auf Antrag des Arbeitgebers oder des gesetzlichen Vertreters des Schulpflichtigen eine andere Regelung zulässig. Anträge sind an den Leiter der Berufsschule am Beschäftigungsorte zu richten.
3. Arbeitslosigkeit hebt die Schulpflicht am Wohnorte nicht auf.
4. Die Schulpflicht ruht, solange die Schule des früheren Beschäftigungsortes regelmäßig besucht wird.

§ 2
**Dauer der Schulpflicht**

Die Pflicht zum Besuche der Berufsschule endigt mit Ablauf des Schuljahres, in dem die Schüler oder Schülerinnen das 17. Lebensjahr vollenden.

Das Schuljahr rechnet vom 1. April bis 31. März.

Schüler und Schülerinnen, die die Berufsschule drei Jahre lang besucht und nach dem Urteil des Schulleiters und der beteiligten Lehrer das Lehrziel der Schule erreicht haben, können aus der Schule entlassen werden.

§ 3
**Ruhen der Schulpflicht**

Die Pflicht zum Besuche der Berufsschule ruht, solange der Schulpflichtige:

1. eine öffentliche Fachschule oder Innungs- bzw. Fachvereinsschule oder eine Privatschule besucht, soweit der Unterricht dieser Schulen von der Schulaufsichtsbehörde (oder gemäß § 87 des Allgemeinen Bergegesetzes vom Oberbergamte) als ausreichender Ersatz für den Unterricht in der Berufsschule anerkannt ist;
2. oder während mindestens 24 Wochenstunden am Unterricht einer anderen öffentlichen oder einer vom Staate genehmigten und beaufsichtigten Privatschule teilnimmt.

Die Schulpflichtigen, die eine in Absatz 1 genannte Schule besuchen, haben spätestens am 7. Tage nach ihrem Ein- und Austritt dem Leiter der zuständigen Berufsschule die vorgeschriebene Bescheinigung über ihren Ein- und Austritt vorzulegen.

§ 4
**Befreiung von der Schulpflicht**

Von der Pflicht zum Besuche der Berufsschule werden, soweit nicht Absatz 2 etwas anderes bestimmt, die Jugendlichen befreit, die entweder

a) das Abgangszeugnis einer nach § 3 dieser Satzung anerkannten Fachschule erworben haben oder
b) eine Ausbildung nachweisen, die den Besuch der Berufsschule entbehrlich macht; oder der Nachweis als geführt zu erachten ist, entscheidet der Schulvorstand;
c) oder das Zeugnis über die bestandene Gesellenprüfung vorlegen.

Die gemäß Absatz 1 von der Pflicht zum Besuche der Berufsschule befreiten Jugendlichen haben in der Hälfte der für Berufsschüler des Schulbezirks festgesetzten Stundenzahl an dem für sie geeigneten Ersatzunterricht teilzunehmen. Der Schulvorstand erlässt hierüber die näheren Bestimmungen.

Befreit werden können die Schulpflichtigen, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen dem Unterrichte der Berufsschule nicht zu folgen vermögen.

Ueber die Befreiung von der Pflicht zum Besuche der Berufsschule gemäß Absatz 1 entscheidet der Schulvorstand, gegen dessen Entscheidung die Beschwerde an die Schulaufsichtsbehörde zulässig ist.

§ 5
**Ausschließung von der Schulpflicht**

Schulpflichtige, deren Lebensführung eine ernsthafte Gefährdung ihrer Mitschüler befürchten läßt oder die wegen eines Verbrechens bestraft sind, können nach Anhörung des Jugendamtes durch den Schulvorstand von dem Besuche der Berufsschule ausgeschlossen werden.

§ 6
**Freiwilliger Schulbesuch**

Jugendliche Personen, die nach der Satzung nicht zum Besuche der Berufsschule verpflichtet sind, können nach Aufhören der Volksschulpflicht durch den Schulleiter gegen jederzeitigen Widerruf zur Teilnahme an dem gesamten Unterrichte oder an einzelnen Unterrichtsfächern zugelassen werden. Sie sind der Schulordnung unterworfen.

§ 7
**Unterrichtszeiten**

Die Unterrichtszeiten werden vom Gemeindevorstand festgesetzt und bekanntgemacht. Die gelegentliche Verlegung einzelner Unterrichtsstunden durch den Schulleiter ist zulässig.

§ 8
**Schulvorstand**

Der Schulvorstand besteht aus:

1. dem Gemeindevorsteher oder einem von ihm mit seiner Stellvertretung beauftragten Mitgliede des Gemeindevorstandes als Vorsitzenden,
2. einem Mitglied des Gemeindevorstandes,
3. einer Mitgliederin der Gemeindevertretung,
4. den Schulleitern,
5. je einem (einer) von der Lehrerschaft der jeweiligen Berufsschule gewählten Berufsschullehrer (-lehrerinnen, nebenamtlichen Lehrern, -innen),
6. je einer Vertreterin der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Wahl tätigt die Gemeindevertretung nach Anhörung der beteiligten Berufsvertretungen,
7. zwei von der Gemeindevertretung zu wählenden Hausfrauen.

Die Mitglieder zu 2 und 3 sind von der betreffenden Körperschaft zu wählen. Die Wahlen erfolgen zu 2 bis 7 auf die Dauer der Amtsperiode der jeweiligen Gemeindevertretung. Für ausscheidende Mitglieder erfolgt für den Rest der Wahlzeit eine Ersatzwahl.

§ 9
**Pflichten der Arbeitgeber und der gesetzlichen Vertreter der Schulpflichtigen**

Die Arbeitgeber sind verpflichtet:

1. ihre zum Besuche der Berufsschule verpflichteten Arbeiter spätestens am 7. Tage nach dem Eintritt in das Arbeitsverhältnis bei dem zuständigen Schulleiter anzumelden und spätestens am 7. Tage nach dem Austritt ebenso wieder anzumelden;
2. ihnen die zu einem geordneten Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie zum pünktlichen und regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten.

Auf die gesetzlichen Vertreter der Schulpflichtigen finden die Vorschriften in Ziffer 2 und, wenn die Schulpflichtigen in keinem Arbeitsverhältnisse stehen, die Meldevorschrift unter Ziffer 1 entsprechende Anwendung.

Die Arbeitgeber, für die in keinem Arbeitsverhältnis stehenden Schulpflichtigen gesetzlichen Vertreter, haben dem Schulpflichtigen, der durch Krankheit an dem Besuch des Unterrichts verhindert gewesen ist, eine Bescheinigung über den Grund der Verhinderung mitzugeben. Dauert die Verhinderung länger als eine Woche, ist entsprechende Bescheinigung nach Ablauf dieser Woche an den Schulleiter zu reichen. Von der Wiederaufnahme der Arbeit durch den Schulpflichtigen ist dem Schulleiter am nächsten Schultag Meldung zu machen.

Wünschen die Arbeitgeber oder die gesetzlichen Vertreter aus besonderen Gründen eine Befreiung des Schülers für einzelne Tage oder Stunden oder für längere Zeit, so haben sie vorher unter Angabe der Gründe die Genehmigung des Schulleiters rechtzeitig zu beantragen, daß dieser nötigenfalls die Entscheidung des Schulvorstandes einholen kann.

§ 10
**Pflichten der Schüler**
**Schulordnung**

Zur Sicherung der Ordnung in der Berufsschule, der wirksamen Erteilung des Unterrichts und der Erreichung des Erziehungszieles der Berufsschule wird folgendes bestimmt:

Die Schulpflichtigen haben

1. sich zu den für sie bestimmten Unterrichtsstunden und Schulveranstaltungen pünktlich einzufinden und bis zum Schlusse daran teilzunehmen. Ohne eine nach Ermessen des Schulleiters ausreichende Entschuldigung dürfen sie den Unterricht versäumen;
2. zum Unterrichte sauber und in ordentlicher Kleidung zu erscheinen;
3. die notwendigen Lernmittel in gutem Zustande zum Unterrichte mitzubringen;
4. während des Unterrichts, in den Erholungspausen und auf dem Wege nach und von der Schule sich jedes Unfugs und Lärmens zu enthalten;
5. das Rauchen auf dem Schulgrundstücke zu unterlassen;
6. dem Schulleiter und den Lehrern in und außerhalb der Schule stets mit Achtung und Ehrerbietung zu begegnen und ihren durch die Aufgaben der Schule bedingten Anordnungen Folge zu leisten;
7. die Schulgerätschaften und Lehrmittel nicht zu verderben oder zu beschädigen;
8. ihrem Klassenlehrer unverzüglich ihren eigenen Wohnungs- und Arbeitsplatz sowie jeden Wohnungswechsel ihres Arbeitgebers und ihres gesetzlichen Vertreters anzuzeigen.

§ 11
**Lernmittel**

Die Lernmittel werden von der Gemeinde unentgeltlich geliefert. Für abhanden gekommene oder beschädigte Lernmittel hat der Säumige aus eigenen Mitteln Ersatz zu leisten.

§ 12
**Schulstrafen**

Leichtere Zuwiderhandlungen der Schulpflichtigen gegen die Vorschriften dieser Satzung werden durch Schulstrafen geahndet.

Solche sind:

1. Verweise durch den Lehrer, den Leiter, das Lehrerkollegium oder den Schulvorstand, gegebenenfalls unter mündlicher oder schriftlicher Mitteilung an den gesetzlichen Vertreter, Erzieher oder Arbeitgeber.
2. Nachsitzen. Diese Stunden gelten als Unterrichtsstunden im Sinne der Satzung dieser Satzung.
3. Schulhaft bis zu zehn Stunden während der schulfreien Zeit.

Freiwillige Schüler können mit der Verweisung von der Schule bestraft werden. Schulpflichtige, deren gesetzliche Vertreter oder Arbeitgeber die Anordnungen der Schule erledigen oder nicht für regelmäßigen Schulbesuch Sorge tragen, können polizeilich angehalten werden. Dasselbe kann mit den Schülern erfolgen, die aus Faulheit oder ohne Grund dem Unterricht fernbleiben.

§ 13
**Strafbestimmungen**

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Satzung werden, soweit nicht Bestrafung im Wege der Schulzucht gemäß § 12 dieser Satzung oder auf Grund des § 150, Ziffer 4 der GO. erfolgt, nach § 9 des Gesetzes betr. die Erweiterung der Berufs-(Fortbildungs-)Schulpflicht vom 31. Juli 1923 mit Geldstrafe bis zum zehnfachen Betrage des Lohnes, den der Schulpflichtige für den Tag der Versäumnis verdiente, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haftstrafe bis zu 14 Tagen im Fall bestraft.

Bei Jugendlichen, die keine oder nur eine geringe Vergütung (Taschengeld) beziehen, ist der ortsübliche Lohnsatz für gleichaltrige Jugendliche der Berechnung zugrunde zu legen. Sachbezüge (freie Wohnung, freie Verpflegung) sind mit Zustimmung des zuständigen Finanzamt hierfür festgesetzten Betrag anzurechnen.

§ 14
**Inkrafttreten**

Diese Ortssatzung tritt mit dem Tage der Genehmigung in Kraft.

Die Ortssatzung vom 30. August 1922/5. Juni 1923 tritt mit dem gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

**Pieskerig**, 12. März 1926.

**Der Gemeindevorstand.**
L. S.
gez. **Kunk**, Gemeindevorsteher. gez. **Kaspar**, Gemeindeschöffe.

**Beschluß**

Die von der Gemeindevertretung Pieskerig am 12. März 1926 beschlossene Ortssatzung für die gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Berufsschule in Pieskerig (Bezirk Halle) wird genehmigt.

**Merseburg**, 9. Juni 1926.

**Der Bezirksausschuß in Merseburg**
Unterschrift
L. S.
B. A. 2015.

**Veröffentlicht!** **Der Gemeindevorstand**

**Pieskerig**, 10. Juli 1926.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260802-12/fragment/page=0004

# Gewerkschaftsbewegung

**Achtung,**

**Kommunistische Betriebsräte und Baudelegierte!**

**Am Dienstag, dem 3. August, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" (Mittelzimmer) eine wichtige Sitzung aller kommunistischen Betriebsräte statt.**

**Ein Vertreter der KR. spricht über das Thema:**

**Wirtschaftskrise — Auswirkungen — Auswege!**

**Pflicht eines jeden kommunistischen Betriebsrates ist es, daß er unbedingt an dieser Sitzung teilnimmt. Parteibuch legitimiert.**

## Gegen den Manteltarif in der mitteldeutschen Metallindustrie

Am 29. Juli fand nach Arbeitsschluß eine Belegschaftsversammlung der Trommelfabrik Link in Weißenfels statt, in welcher der Manteltarif in der Metallindustrie behandelt wurde. Einmütig kam der Unwille der Kollegen in der Diskussion zum Ausdruck; es wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 29. Juli tagende Belegschaftsversammlung der Trommelfabrik Link erhebt schärfsten Protest gegen die geplante Verschlechterung des Manteltarifs, wie es in dem „Musterexemplar" der Metallindustriellen des Bezirks Magdeburg-Halle-Anhalt enthalten ist. Sie fordert die Spitzen der Metallarbeiterverbände auf, sich mit allen Mitteln dagegen zu wehren, evtl. auch vor dem letzten Mittel nicht zurückzuschrecken."

## Die Landarbeiter verlangen Kampfmaßnahmen

Die sozialdemokratische Landarbeiterpresse kann nicht mehr umhin, den Kampfwillen der Landarbeiter zu preisen. Es heißt dann, welcher Ausdruck zu geben. So muß die „Schleswig-Holsteinische Landpost" vom 31. Juli folgende Resolution einer DLV.-Versammlung in Groß-Wittensee zum Abdruck bringen:

Die am Mittwoch, dem 21. Juli, tagende Versammlung der Forst- und Landarbeiter zu Groß-Wittensee, Kreis Eckernförde, nimmt mit Entrüstung von dem minderwertigen Ergebnis der Lohnverhandlungen Kenntnis. Die Versammlung fordert einstimmig den DLV. auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen herbeizuführen."

So wie in Schleswig-Holstein die Landarbeiterschaft ihren Kampfwillen demonstratin Ausdruck gibt, ist es auch in Mitteldeutschland. Die „Landpost" (Magdeburg) vom 31. Juli muß ebenfalls die Kampfresolution der Halberstädter Landarbeiter zum Abdruck bringen, wie auch eine Resolution der am 18. Juli stattgefundenen Bezirksversammlung des DLV. der drei Bezirke des Kreises Wolmirstedt, die folgendermaßen lautet:

„In der am Sonntag, dem 18. Juli, abgehaltenen Landarbeiterversammlung wurde zum Schiedsspruch, Erntezulage betreffend, Stellung genommen und nach längerer reger Aussprache die ablehnende Haltung der Arbeitgeber während der Verhandlungen als eine Provokation der Arbeiterschaft bezeichnet. Der Schiedsspruch ist durchaus unzureichend. Die organisierte Arbeiterschaft ist sich darüber klar, daß die Arbeitgeber eine höhere Erntezulage und durchgehende Lohnerhöhung tragen können. Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß, nachdem der Landwirtschaft aus öffentlichen Mitteln zur Beschaffung von Saatgut, Dünger usw. bedeutende Zuschüsse gegeben sind, die Arbeiterschaft einen berechtigten Anteil aus den Mehrerträgen, die durch die Zuschüsse sich ergeben, haben muß."

Mit Recht fordern die Landarbeiter nicht nur Erntezulage, sondern auch eine durchgehende Lohnerhöhung. Das muß erkämpft werden. Darum hat die Bezirksversammlung des Kreisleiter auch beauftragt, der Gauleitung des DLV. zu sagen, daß sie wünscht, daß alles daransgesetzt wird, damit sich das Los der Landarbeiterschaft bessert".

Die DLV.-Mitgliedschaft muß sich mit allem Nachdruck gegen die Verschleppungstaktik der sozialdemokratischen DLV.-Führer wenden und muß verlangen, daß endlich zum Kampfe geschritten wird.

## Den Achtstundentag zurückerobert

In der neu errichteten Torgauer Glashütte A.-G. waren durch den Herrn Direktor, einem ehemaligen Offizier, herrliche Verhältnisse geschaffen worden. Die Arbeiter mußten neun Stunden arbeiten, Tariflohn wurde nicht gezahlt, dafür aber ein Spitzel- und Schmarotzersystem großgezogen. Der Baugewerksbund griff ein, aber der Herr Direktor verweigerte dem Vertreter desselben das Betreten des Fabrikgrundstückes. Daraufhin wurde eine Belegschaftsversammlung außerhalb des Betriebes organisiert und abgehalten, um die bekannten Spitzel auszuschalten. Denn das Wort des Direktors war: „Wer sich nicht fügt, der fliegt." In dieser Belegschaftsversammlung wurde beschlossen, Tarifvertrag und den Achtstundentag zu fordern. Der Organisationsvertreter des Baugewerksbundes wurde erneut beim Direktor vorstellig und teilte ihm den Beschluß mit, daß die Belegschaft gewillt sei, den Kampf um ihre Rechte aufzunehmen. Infolge dieser Kampfentschlossenheit der Belegschaft mußte jetzt der Direktor klein beigeben. Die Arbeiterschaft kann daraus ersehen, was durch Geschlossenheit erreicht werden kann und müssen alle Arbeiter die Folgerung ziehen, sich freigewerkschaftlich zu organisieren.

## Gegen die Husemänner

Jedem, der sehen will, zeigte der Verlauf des letzten Verbandstages des BAV. den wachsenden Unwillen gegen die von der Verwaltung betriebene Politik der Arbeitsgemeinschaft. Die Forderung nach wirklich ausreichender Hilfe für die erwerbslosen Bergarbeiter, für ihre Wiedereinreihung in den Produktionsprozeß, nach besserer Verteidigung der Arbeitsbedingungen und Zurückführung der Siebenstundenschicht wird immer stärker unter den Bergarbeitern in allen Revieren. Dies spiegelt sich besonders unter den Mitgliedern des BAV. wider, wie es der abgelaufene Verbandstag bestätigt. Mehr als ein Viertel aller Delegierten verurteilten die Politik und Taktik des Verbandsvorstandes. In Wirklichkeit ist die Zahl jener Bergarbeiter viel größer, die alle Hoffnung auf eine ernste Vertretung ihrer Lebens- und Arbeitsinteressen durch Husemann und seinen Verbandsvorstand verloren haben. Ganz deutlich kommt dies auch zum Ausdruck in folgenden Ausführungen eines den Ruhrbergarbeitern nicht unbekannten alten Sozialdemokraten, dessen Urteil um so ernster zu bewerten ist, weil er kein Kommunist, sondern ein Parteigenosse von Husemann ist. Was sagt nun dieser Parteigänger von Husemann seiner Politik und damit auch gegen ihn als Leiter des Verbandes?

„Jahrzehnte hindurch war die Parteibewegung des Ruhrbergbaues eng verbunden mit dem freien Bergarbeiterverband. Die Leiter des Verbandes bekleideten zugleich die höchsten Aemter in der Partei. Reichstagsmandate, Sitz und Stimme in den Kreis- und Bezirkskörperschaften der Partei waren ihnen sicher, sobald sie darauf Anspruch machten.

Seit einigen Jahren ist darin eine Aenderung eingetreten. Wohl ist der Vorsitzende des Verbandes im Mai 1924 noch in den Reichstag gewählt worden. Seine Kandidatur war jedoch stark umstritten und kam nur unter Anwendung eines nicht ganz einwandfreien Wahlverfahrens in der zuständigen Parteiversammlung zuwege. Ein anderes Mitglied des Verbandsvorstandes, das sich um ein Landtagsmandat bewarb, wurde mit großer Mehrheit von den Parteigenossen abgelehnt.

Nun begehen die führenden Genossen im Vorstande des Bergarbeiterverbandes den Fehler, ihre Ausschaltung aus Parteiämtern als eine persönliche Brüskierung und als das Werk einer radikalen Gruppe anzusehen. Sie lieben es so darzustellen, als ob durch ihren Verlust politischer Aemter die Bergarbeiterschaft als Ganzes geschädigt würde. Die in der Partei organisierten Bergleute sagen das Gegenteil; sie verlangen größtenteils, daß die Verbandsführer sich mehr um das Gedeihen der Gewerkschaft kümmern sollen. Als der Verbandsvorsitzende Husemann im Februar 1924 den Widerstand der Parteimitglieder gegen seine Kandidatur bemerkte, drohte er quasi mit einer besonderen Vorschlagsliste der Gewerkschaft. Kein Zweifel, daß dagegen die Verbandsmitglieder sich am stärksten auflehnen würden. Sie halten mehr als je dafür, daß die Verbandsleitung ihren Arbeitseifer in der gewerkschaftlichen Tätigkeit genügend austoben könne, und daß sie sich nicht in Parteifunktion verzetteln dürfe, solange die berufliche Interessen der Bergarbeiter aller Anspannung der Kräfte bedürfen. Auch auf der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung in Saarbrücken wurde von Delegierten diese Ansicht scharf vertreten. Sie konnten das um so mehr, als die Verbandsleitung über einen starken Mitgliederrückgang berichten mußte. Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Verbandes in den letzten Jahren betrug:

**1922: 422 000, 1923: 372 000, 1924: 230 000, 1925: 188 000**

Von rund 700 000 Bergarbeitern in Deutschland ist das nur ein reichliches Viertel. Grund genug für die organisierten Bergleute, von ihren Führern die volle Einsetzung ihrer Kräfte für die Stärkung des Verbandes zu fordern.

Die Abneigung der Parteigenossen im Ruhrrevier, namentlich im Bochumer Bezirk, gegen den früher sehr auffallenden Einfluß der Verbandsleiter auf die Parteiorganisation basiert auf anderen, aber ebenfalls sehr gesunden Erwägungen. Die Verbandsführer hielten sich in der Partei stets zu der „positiven, realpolitischen" Richtung, die gegen die radikaleren Genossen schon einige Jahre vor dem Kriege mit Spott und Hohn vorging. Bis zum Kriegsausbruch merkte die Oeffentlichkeit weniger von den inneren Gegensätzen; denn bei Wahlen und ähnlichen Gelegenheiten hielten gerade die „Realpolitiker" die radikalsten Reden. Ins richtige Fahrwasser gerieten sie aber erst, als der Krieg da war — jetzt ging die „positive Arbeit" los. Noch glänzender gestalteten sich die ausichten, als der Krieg zu Ende ging. Eine so oft versprottete und lächerlich gemachte Revolution ebnete den Positinen die Bahn zu neuem Erfolg. Sie blieben nicht aus — ihre Krönung brachte der Spätherbst 1923. Das arbeitende deutsche Volk, das fünf Jahre vorher in einem plötzlichen Aufbäumen den monarchistischen Nationalismus abgeschüttelt hatte, war nun unter dem republikanischen Nationalismus und unter der Führung von „Realpolitikern" auf der tiefsten Stufe der Armut und Schmach angelangt. Die positive, staatsbejahende Politik der letzten neun Jahre endete in einer Niederlage der sozialdemokratischen Gesamtbewegung, die bis heute nachwirkt. Kein Wunder, wenn die Mitglieder und Funktionäre der Partei nach allen Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts die Führerqualitäten gewisser Genossen kritisch beurteilen und späteren Nackenschlägen ähnlicher Art auszuweichen suchen. Besonders begreiflich ist das bei den Parteigenossen im Ruhrbezirk; denn sie haben zum Mißtrauen speziellen Anlaß."

Diese Worte gilt es nicht nur zu unterstreichen, weil sie Tatsachen sind, sondern weil sie den immer stärker werdenden Unwillen gegen Husemanns Politik zum Ausdruck bringen und ein gemeinsames Vorgehen zur Durchsetzung einer wirklichen Klassenkampfpolitik erfordern.

# Ueber die Mobilisierung der Betriebe zur Mobilisierung der Gewerkschaften!

Am 27. Juli haben die Weißenfelser Betriebsräte zur Organisierung einer Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands aufgerufen — am 31. Juli hat der Gesamtbetriebsrat des Mansfeld A.-G.-Konzerns, der aus den Vertretern der verschiedensten politischen Auffassungen besteht und eine Begeschaft von etwa 20 000 Mann vertritt, sich einstimmig diesem Vorgehen der Weißenfelser Kameraden angeschlossen —, zwei Ereignisse von weittragender Bedeutung für die Arbeiterschaft, daß es notwendig erscheint, sie etwas näher zu beleuchten.

Mit diesen Beschlüssen ist für Mitteldeutschland der erste Versuch unternommen worden, der stetig vorschreitenden Unternehmeroffensive einen Damm engegenzusetzen, diese Offensive zu brechen. Der erste Schritt zur Bekämpfung der wachsenden Verelendung der Arbeiterschaft ist gemacht. Nicht zufällig ist es, daß gerade aus dem Mansfelder Gebiet der Ruf zur Sammlung der Kräfte ertönt, ist doch sogar von seiten der Regierung Mansfeld als Notstandsgebiet erklärt worden, da hier die Verelendung geradezu ungeheuerliche Formen angenommen hat. Die Kumpels der Mansfeld A.-G., die ein Leiden von kapitalistischer „Rationalisierung" zu singen wissen, sind es, die ihre Arbeitsbrüder in Stadt und Land auffrufen, **die Gewerkschaften für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft zu mobilisieren.**

Letzteres gilt es festzuhalten und in den Vordergrund zu stellen, **die Gewerkschaften sollen mobilisiert werden, d. h.** die Massen des werktätigen Volkes sollen sich ihres in Jahrzehnten geschaffenen Apparates bedienen, um der Offensive des Unternehmertums mit der Offensive der geeinten Arbeiterschaft zu begegnen. **Die Betriebsräte wollen keine Sonderaktion;** als Organe der Betriebsbelegschaften führen sie nur die ihnen als ureigenste Aufgabe zufallende Pflicht durch, die geschlossene Klassenfront des Proletariats zu schmieden.

Ueber ein Jahr dauert jetzt schon die Wirtschaftskrise an, die schwer auf der deutschen Arbeiterschaft lastet. Die Gewerkschaften, die **„die Klassenorganisationen des gesamten Proletariats für den Kampf um die Verteidigung und Verbesserung seiner Existenzbedingungen"** und im Verfolg dieses Gedankens **„Organe des Proletariats für den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und somit für die Beseitigung des Kapitalismus überhaupt"** sein sollen, sind diesen ihren Aufgaben in keiner Weise gerecht geworden. Die reformistischen Gewerkschaftsführer, welche die jetzige Krise als eine vorübergehende Erscheinung betrachten, wollen nach veralteten gewerkschaftlichen Grundsätzen die Zeiten „besserer Konjunktur" für einen Kampf der Arbeiterschaft um bessere Lebensbedingungen abwarten. Der Widerstand der Mitglieder der Gewerkschaften gegen eine derartige klassenfeindliche Politik hat sich mehr und mehr verstärkt und bricht sich jetzt an einer Stelle Bahn, wo die Reformisten es am wenigsten vermuteten.

Die Gewerkschaften, die als **Berufsverbände** bestehen, haben seit Bestehen der Betriebsräte sich mit allen Mitteln für die möglichste Beschneidung der Aufgaben derselben eingesetzt. Durch diese Taktik konnte es dahin kommen, daß der **Jahresbericht der preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1925** für den Regierungsbezirk **Merseburg** feststellt:

„Ueber die Betriebsvertretungen ist etwa dasselbe zu sagen, wie in den letzten Jahren. Das Interesse der Arbeiterschaft daran ist in den Klein- und Mittelbetrieben **fast erloschen,** in den großen Betrieben betätigen sich dagegen die Betriebsräte weiter in den ihnen **durch das Betriebsrätegesetz gezogenen Grenzen."**

Daß diese Entwicklung aufs Schuldkonto der Gewerkschaften zu setzen ist, stellt sogar Carl Mennicke im 7. Heft des theoretischen Organs des ADGB. „Die Arbeit", vom 15. Juli, fest, wenn er auf Seite 425 schreibt:

„Es soll hier nicht untersucht werden, **wie weit die Dinge hätten ander laufen können,** wenn von vornherein das Verhältnis der Gewerkschaften zur Betriebsrätefrage klarer und einheitlicher gewesen wäre."

**Die Dinge werden einen anderen Lauf nehmen, der Anfang ist gemacht.** Aufgabe der Betriebsräte ist es jetzt, auf dem von den Weißenfelsern, von den Kameraden der Mansfeld A.-G. aufgezeigten Wege nachzustoßen. Die Arbeiter in den Betrieben müssen die von ihnen gewählten Vertreter vorantreiben, sich dem Aufruf der Weißenfelser Betriebsräte anzuschließen. In der sich so aus den Betrieben entwickelnden Massenbewegung werden dann auch alle die allein einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes garantierenden Voraussetzungen geschaffen werden können, wird die Verbindung der Betriebstätigen mit den Erwerbslosen Tatsache werden, wird der Gedanke der Industrieverbände Form und Inhalt annehmen, werden die Kampfkartelle zwischen den einzelnen Gewerkschaften Wirklichkeit werden.

**Was soll der Landeskongreß der Werktätigen Mitteldeutschlands?** Er soll Rückschau halten über die geleistete Arbeit, er soll Weg und Ziel des weiteren Kampfes aufzeigen und zu diesem Zweck die noch ungebundenen Kräfte im Rahmen Mitteldeutschlands zusammenfassen. Der Landeskongreß soll sein ein Meilenstein auf dem Wege zum Kongreß der Werktätigen Deutschlands, der wiederum den Abschluß der Sammlung der Kräfte, der Bildung der proletarischen Kampffront und den Auftakt des Entscheidungskampfes darstellt.

**Bildung der roten Klassenfront,** das muß der alles andere überragende Gedanke der nächsten Tage und Wochen sein; und in diesem Zeichen heißt es jetzt:

**Heran an die Arbeit! Mobilisiert die Betriebe! Ueber die Mobilisierung der Betriebe zur Mobilisierung der Gewerkschaften!**

## Steinsetzerstreik in Schleswig-Holstein

Die Arbeitseinstellung der Steinsetzer und Berufsgenossen, die sich zuerst nur auf die Baustellen an der Strecke Eiderstedt—Reumünster erstreckte, ist nunmehr auch auf die übrigen Baustellen und Orte **in der ganzen Provinz Schleswig-Holstein ausgedehnt worden.** Am 17. Juli hat eine Konferenz der Vertrauensleute beschlossen, daß nunmehr die **Arbeit allgemein eingestellt werden muß,** weil die Unternehmer keinerlei Zugeständnisse machen wollen, damit auf allen Baustellen und für alle Arbeiten **geregelte Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.** Die in Frage kommenden Zahlstellen des Zentralverbandes der Steinarbeiter haben sich diesem Beschlusse fast einstimmig angeschlossen. Die wesentlichen Forderungen sind:

Die Stundenlöhne der Steinsetzer und Steinhauer im Lohnbezirk 1 sollen sich dem von **Groß-Hamburg** anpassen.

Im Lohnbezirk 2 soll mindestens der **Durchschnittslohn der Steinsetzer im Bezirk bezahlt werden.** Die Staffelungen der einzelnen Arbeitergruppen soll dieselbe bleiben. Festsetzung der Entschädigung für Ueberlandarbeiten, wo nicht übernachtet wird. Tarifliche Regelung der Akkordarbeiten für alle Pflasterarten, weil sonst nur noch in Akkord gearbeitet wird. Die Akkordsätze sollen so hoch sein, daß bei normaler Arbeit auch eine einwandfreie Arbeit hergestellt werden kann. Tarifliche Regelung der Lehrlingshaltung und deren Entschädigung, weil in einigen Bezirken direkt unhaltbare Zustände herrschen. **Erhöhung der Akkordsätze für Pflastersteine usw., die aus Findlingen geschlagen werden.**

## Wahlsieg im Konsumverein Schwarzenberg

Bei der Wahl zur Vertreterversammlung im Konsumverein Schwarzenberg erhielt die KPD. 847, die SPD. 329 Stimmen. Auf die Liste der KPD. entfielen 58, auf die Liste der SPD. 22 Vertreter.

Der Konsumverein hatte noch bis vor Wochen einen sozialdemokratischen Geschäftsführer und noch heute einen Vorstand, der in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten zusammengesetzt ist. Der Wahlkampf war deshalb außerordentlich scharf und die SPD. hatte alles mögliche aufgeboten, konnte aber gegen die gute Wahlarbeit **der Kommunisten nicht ankämpfen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260802-12/fragment/page=0005

# Halle und Saalkreis

## Mitteilungen der BL.

Der Bolschewistische Kurs ist an alle Ortsgruppenleiter versandt worden. Neben dem Arbeitsplan für August enthält der BK. wertvolle Anweisung über innerparteiliche Arbeit. Die Genossen Funktionäre müssen sich sofort den BK. bei ihrem Gruppenleiter abholen.

BL., Org.-Abt.

## Für die streikenden englischen Bergarbeiter

sind von der IAH. im Bezirk Halle-Merseburg laut der letzten Quittung, die wir morgen spezifiziert zum Abdruck bringen,

**7146,91 Mark gesammelt.**

Das ist ein gutes Zeichen von Solidaritätsgefühl der mitteldeutschen Arbeiterschaft, die dadurch angespornt wird, weiter, bis zum Siege, die englischen Klassenkämpfer zu unterstützen.

## Blinder Eifer schadet nur

Hallische Arbeiterkinder sind auf der Ferienrückfahrt von Gräfenhainichen. Im Eisenbahnzuge singen sie proletarische Lieder und werden von Mitreisenden aufgefordert, die „Internationale" zu singen. Die Kinder kommen diesem Wunsche nach. Aber eine „Dame" verbittet sich empört das Singen „derartiger" Lieder. Das hilft ihr nichts, und sie zieht, zwischen Burgkemnitz und Bitterfeld, die Notbremse. Ein Ruck, und der Zug hält. Alles kommt in Bewegung, der Zugführer stürzt herbei, fragt, wer die Notbremse gezogen hat und warum. Die „Dame" fühlt sich ihres Sieges sicher und fordert ihr vermeintliches Recht. Aber der Schaffner spricht: **„Sie haben zehn Mark Strafe zu zahlen wegen unbefugten Ziehens der Notbremse".** Die Dame ist einer Ohnmacht nahe und muß unter dem Jubel der Kinder mit dem Zehnmarkschein rausrücken. Der Zug fährt weiter. Die Kinder singen nochmals so freudig die „Internationale". Das kommt davon, wenn Spießerfrauen ihre Wut über frische und selbstbewußte Arbeiterkinder demonstrieren wollen.

## Intermezzo mit einem Völkischen

Uns wird geschrieben:

Als ich gestern in einem Restaurant beim Mittagessen war, erschien ein Jüngling auf der Bildfläche, der ziemlich verhungert aussah, aber den Hals in einen so hohen Kragen gepreßt hatte, daß man ihm die Bestrebung nach bürgerlicher Würde meilenweit ansah. Er verkaufte Zeitungen und ging damit von Tisch zu Tisch. Es waren alles gute Bürger, an die er sich wandte. Zuletzt kam er auch zu mir. „Mitteldeutscher Beobachter" las ich und dann dicke Ueberschriften: „Jüdische Mordtheme", „Jüdisch-marxistische Hetze". Oben auf dem Kopf der Zeitung waren die Geschäftsstellen angegeben, unter anderm auch die in Leipzig, Davidstraße 10. „Wissen Sie", sagte ich mit toternster Miene zu dem Jüngling, „ich würde an Ihrer Stelle keine Filiale in der Davidstraße aufmachen, das klingt so alttestamentarisch." „Ja, da haben Sie eigentlich recht", sagte er verlegen und verschwand spornstreichs unter dem Gelächter der Umsitzenden.

## Wohnungsnot und Zwangswirtschaft

Der Magistrat teilt uns mit:

„Von Interessentenkreisen ist kürzlich eine Berechnung aufgestellt worden, wonach gelegentlich der letzten Wohnungszählung am 3. Mai 1925 statt eines Fehlbetrages von 5 564 Wohnungen eigentlich 421 überschüssige Wohnungen hätten vorhanden sein müssen. Es sei nämlich zu berücksichtigen, daß die Zwangswirtschaft das früher durch Haushaltungsauflösungen (Tod) verursachte Freiwerden von Wohnungen verhindert habe und noch verhindere, weil in der Regel alleinstehende Hinterbliebene als Erben auftraten, um die Mehrzahl der ererbten Räume zu möglichst hohen Preisen untervermieten. Demgegenüber stellt eine für Halle durchgeführte und im Reichsarbeitsblatt 1926, Nr. 26 veröffentlichte Untersuchung fest, daß tatsächlich in derselben Weise wie vor der Zwangswirtschaft Wohnungen durch Haushaltsauflösungen freigeworden sind, und zwar beträgt der Anteil der Haushaltsauflösungen am Gesamtzugang der Haushaltungen in den Jahren 1900 bis 1910 41 Prozent, 1910 bis 1925 43 Prozent.

**Es bleibt hiernach leider dabei, daß in der Stadt Halle mit einem Fehlbetrag von rd. 5 500 Wohnungen gerechnet werden muß.**

*

Die in der Magistratsnotiz genannten Interessentenkreise, die einen Wohnungsüberschuß herausrechnen wollen, sind natürlich die Hausbesitzer, die auf solche hohnsprechende Weise das Wohnungselend wegleugnen wollen.

# Antikriegs-Kundgebung in Halle

In allen größeren Orten des Bezirks ist am Sonnabend und gestern die Antikriegswoche mit großen Kundgebungen der Kommunistischen Partei, des RFB. und des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit eingeleitet worden. Auch in Halle fand eine solche Kundgebung statt. Schon früh am Morgen versammelte man sich auf den Abmarschplätzen des RFB. und dann ging es in verschiedenen Zügen nach dem „Volkspark".

Dort begann um 10 Uhr die eigentliche Kundgebung, in der Genosse Hans Schröter das Hauptreferat hielt. Er erinnerte an die Augusttage 1914, in denen die Bourgeoisie bei den Massen einen Kriegstaumel erzeugt hat. Er hob die Rolle der SPD. hervor, die alles tat, um den Wahnsinn des Militarismus zu fördern und die den internationalen Gedanken in den Schmutz trat. Dann schilderte er an Hand der weltpolitischen Lage die immer größer werdenden imperialistischen Verwicklungen, den Kampf um die Absatzmärkte, der jetzt, nach zwölf Jahren Weltkrieg, von neuem in aller Heftigkeit entbrannt ist und den die Bourgeoisie nur durch neue furchtbare Kriege austragen kann. In aller Schärfe kennzeichnete er die Heuchelei der sogenannten Abrüstungskonferenzen und wies demgegenüber auf die immer steigenden Ausgaben für Rüstungszwecke hin. Mit Locarno-Rummel und Völkerbundspolitik, zu der die SPD. sich ebenfalls bekennt, versucht die Bourgeoisie den werktätigen Massen ihre wahren kriegerischen Absichten zu verschleiern. Demgegenüber wies Genosse Schröter auf die Aufgaben der Arbeiterklasse aller Länder hin. Die kommunistische Weltpartei, die Kommunistische Internationale, macht es sich zur Aufgabe, jeden imperialistischen Krieg zu verhindern, sollte er aber trotzdem ausbrechen, so wird sie, wie das schon Lenin forderte, ihn umbiegen in einen Krieg gegen die eigene bürgerliche Klasse.

Als Vertreter des RFB. sprach Kamerad G. Er zeichnete die Aufgaben des Roten Frontkämpfer-Bundes gerade in dieser Situation auf und ermahnte die hallischen Arbeiter, überall verstärkt für den Gedanken des Klassenkampfes einzutreten. Genosse D. als Vertreter des Kommunistischen Jugendverbandes hob die Rolle der revolutionären arbeitenden Jugend im Kriege hervor, die unter Liebknechts Führung zuerst gegen das imperialistische Morden auftrat. Heute versucht die Bourgeoisie in den vaterländischen Verbänden die Jugendlichen zu erfassen und sie an Stelle der Wehrpflicht mit dem sogenannten Wehrsport für neue Kriege zu „ertüchtigen". Sie versucht auch mit aller Energie, die Einführung des Arbeitsdienstjahres einzuführen. Hiergegen muß die gesamte Jungarbeiterschaft gemeinsam mit den andern Arbeitern in den Betrieben Front machen. Genossin Lehmann, als Vertreterin des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes, richtete an die Arbeiterfrauen die Mahnung, der Kohlrüben- und Hungerzeit zu gedenken und die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Gerade die Frauen haben die Pflicht, an der Verhinderung jedes imperialistischen Krieges mitzuarbeiten. Die Kommunistische Partei, der Rote Frauen- und Mädchen-Bund führen diesen Kampf. Genosse H., als Vertreter der proletarischen Freidenker, ging kurz auf die Rolle der Kirche und Schule ein, deren Erziehungsmethoden nicht wenig dazu beitrugen, Kriegsstimmungen herbeizuführen. Auch heute wird von Kirche und Schule dieselbe Beeinflussung betrieben. Darum ist es selbstverständliche Pflicht aller Arbeiter, aus der Kirche auszutreten und ihre Kinder aus dem Religionsunterricht zu entfernen.

Zum Schluß wies Genosse Härtel zusammenfassend auf einige wichtige Punkte hin. Er kennzeichnete die Lügen der bürgerlichen Presse und die Hetze des Stahlhelms anläßlich des Todes von Steinbach. Gleichzeitig sollten die kommunistischen Zeitungen im Reichsmaßstabe einen schweren Schlag erhalten. Mehr als bei kommunistische Zeitungen wurden kurz hintereinander verboten gerade in einer Zeit, wo wichtige Ereignisse zu verzeichnen sind. Dieser Terror muß wettgemacht werden durch verstärkte Werbung für die Zeitung der Arbeiterschaft, für den „Klassenkampf". Genosse Härtel wies dann noch auf die steigende Erwerbslosigkeit hin, die eine Folge der kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen ist. Hier müssen sich alle Arbeiter zur Wehr setzen und mitteilen den Kongreß der Werktätigen herbeizuführen, der Abwehrmaßnahmen gegen die Unternehmeroffensive treffen soll. Mit einem Hoch auf die Kommunistische Partei, die Kommunistische Internationale und das revolutionäre Weltproletariat wurde die Kundgebung geschlossen.

Der Versammlung formierten sich mehrere Züge und rückten geschlossen in ihre Stadtbezirke ab. Unter Vorannahme der Fahnen jeder Gruppe gehörenden Spielleute und mit dem Gesang von Kampfliedern, ging es zu den Sammelplätzen zurück, wo die Gruppen sich auflösten. Die Delegationen des Herrn Oertel, zu Fuß und zu Pferd, waren natürlich auch diesmal wieder mit von der Partie.

### In Merseburg

verlief die Antikriegs-Kundgebung besonders gut. An dem Umzug beteiligten sich tausend uniformierte Frontkämpfer und mehrere lose Arbeiter und Arbeiterinnen aus Merseburg. Tiefe Trauerparente mit sinngemäßen Inschriften sagten dem Außenstehenden, welcher Zweck durch die Demonstration erreicht werden soll. Kamerad Fritz „Seine Majestät" in Gala-Uniform und einem Schilde, auf dem zu lesen stand: „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen". Die Ansprache wurde vom Genossen Lademann gehalten. Ausführlicher Bericht folgt.

# Proletarische Kriegsteilnehmer!

Im Rahmen der Antikriegs-Woche beabsichtigt der „Klassenkampf" eine Reihe Kriegserlebnisse zu veröffentlichen, die die Schrecknisse des wahnsinnigen Völkermordens aufzeigen. Dazu bedürfen wir Euer Mithilfe!

# Schreibt Eure Kriegserlebnisse

auf, die Ihr für wichtig haltet, veröffentlicht zu werden. Vor allen Dingen solche, die die Grausamkeiten des Krieges und die Greueltaten des Militarismus schildern und schickt dieselben schnellstens

# an die Redaktion des „Klassenkampf"!

## Hallische Tageschronik

**Straßenjubiläum.** Am 10. August 1926 werden 375 Jahre dem Tage vergangen sein, an dem der Martinsberg, eine der freundlichsten Straßen Halles, städtischer Besitz wurde. Bis dahin gehörte das Gebiet der Straße zum Erzstift Magdeburg.

**Die Saale** ist in der Nacht zum Sonnabend um vier Zentimeter gestiegen.

**Rockaufschlitzer.** Zum Entsetzen der Frauen treibt hier ein liebsamer Schneider sein Unwesen. Bei kleinen Zusammenläufen hat ein bis jetzt noch nicht ermittelter Bursche in mehreren Fällen Frauen im Gedränge große Stücke aus dem Rock geschnitten. Die Geschädigten entdecken leider erst zu spät die unangenehme Kürzung ihres Rockes, so daß man den Täter noch nicht fassen konnte. Die Kriminalpolizei sucht ihn.

**Von den Toten wieder auferstanden** ist in der Werdergasse ein Glasermeister. Und das kam so: Eine in der Werdergasse wohnende ihrem Sohn wohnende geschiedene Frau war mit diesem in Streit geraten, weil er ein Verhältnis unterhielt. Es hatte aus diesem Grunde schon mehrere Auftritte gegeben. Bei einem x. B. Besuch des Sohnes die Glasscheiben der Korridortür ein. Die Mutter schrieb ihm nun einen Brief, er möge seine Sachen packen und in die Ferne schweifen. Seine Sachen könne er in einem Radioladen, wohin sie die Mutter gebracht habe, abholen. Dies geschah auch. Der Zufall wollte aber, daß ein paar Schuhe fehlten, und der Sohn zog schnurstracks zur mütterlichen Wohnung. Dort war gerade ein älterer Glasermeister damit beschäftigt, eine neue Scheibe einzusetzen. Der Sohn war in großer Erregung und nach kurzem Wortwechsel einen Revolver, zielte, ein Krach und der Glasermeister fiel zu Boden und rührte sich nicht mehr. Dann allgemeines Entsetzen. Das Ueberfallkommando rückt heran. Wie stehe da: Der Tote bewegt sich und steht auf wie ein Betrunkener. Er fühlt sich gar nicht erschossen und nach eifrigem Betasten des ganzen Körpers findet er auch keinen Schußkanal. Inzwischen stellt sich heraus, daß der brave Fritzus den armen Glasermeister bloß — und dies zu seinem Glück! — mit einer Schreckschrotpistole „getötet" hat. Trotz der heiklen Situation erhellen sich die entsetzten Gesichter. Der Glasermeister tritt jedoch mit einigen Hemmungen abschürfungen an den Händen seinen Heimweg an.

**Vom Ziegelstein getroffen.** Am 31. Juli gegen 3.30 Uhr nachmittags wurde vor einem Grundstück in der Leipziger Straße, auf welchem zurzeit Dacharbeiten vorgenommen werden, eine Frau von einem herabfallenden Dachziegel getroffen. Sie mußte sich in ärztlicher Behandlung begeben.

**„Küssen ist keine Sünd' . . ."** So dachte auch ein Handwerksbursche, der in einem Hausflur ein dreizehnjähriges Mädchen antraf, der er einen saftigen Kuß auf den Mund drückte. Er fand aber keine Gegenliebe, sondern wurde angezeigt. Man brummte ihm sechs Tage Gefängnis auf. Wegen Bettelei erhielt er noch zwei Wochen Haft dazu. — Man hat noch nie gehört, daß Bourgeoisjünglinge, Studenten usw., die sich oft genug solche Unverschämtheiten leisten, dafür bestraft werden. Aber die brauchen ja auch nicht betteln zu gehen.

## „Sie Schwein, wenn Sie nicht lausen können, dann kriechen Sie!"

(Arbeiterkorrespondenz aus dem Bezirk)

Am 11. August 1926 wurde ich in Torgau eingezogen und am selben Tage nach Magdeburg gebracht. Als arbeitsverwendungsfähig kamen wir dann nach dem Osten zum Armierungsbataillon 112, 1. Kompanie. Wer nun glaubt, daß wir als Arbeitssoldaten außer Gefahr gestanden haben, dem will ich hier den Beweis geben, daß dies nicht der Fall war. Unser Quartier lag einen Kilometer von der Front entfernt und die Frontentfernung zwischen der deutschen und russischen Linie betrug 200 bis 300 Meter. Zwischen beiden Fronten floß die Düna. Was war unser Dienst? Abends, wenn es dunkel war, gings in Stellung. Hier wurden Gräben gezogen von der Stellung nach den Horchposten, und schon am ersten Abend hatten wir einen Toten. Flogen Leuchtkugeln hoch, da hieß es hinwerfen in den Dreck. Bis an die Knie im Wasser mußten wir des Nachts sechs Stunden aushalten. Wer waren diejenigen, welche sich drückten? Der Herr Feldwebel mit den Unteroffizieren. Wäre hier die Düna nicht dazwischen gewesen, da hätten wir alle 50 Mann den Marsch in die russische Gefangenschaft angetreten. Es kam der große Winter 1917. Wir wurden abkommandiert zu einem Brückenbau. Stiefel und sonstiges Schuhwerk paßte gerade so, daß man nur ein Paar Strümpfe anziehen konnte. Bei dieser Kälte und hohem Schnee hieß es acht bis zehn Stunden schuften. Ich hatte einen kranken Fuß bekommen, was den Herren natürlich nicht paßte. Eines Tages sollte ich nach der Kompanie nach Kalwan gehen, um für mich andere Stiefel zu holen. Als ich dem Herrn Offizierstellvertreter sagte, daß ich nicht lausen könnte, da erhielt ich die Antwort: **„Sie Schwein, wenn Sie nicht lausen können, dann kriechen Sie hundemeit auf dem Bauche."** Es blieb mir nichts anderes übrig, als den kranken Fuß mit alten Lappen zu umwickeln und den Marsch in dem ¾ Meter hohen Schnee anzutreten. Dieser Herr Offizier war nichts anderes als der wahre Schinderhannes und wurde für sein gutes Saufen, Fressen und Skatspielen mit dem eisernen Kreuz belohnt. Wieder wurden wir versetzt nach dem Waldderf Ottmannsdorf, nahe an der Front. Arbeit war nur nachts. Gleich die erste Nacht erhielten wir Geschütze, Minen- und Maschinengewehrfeuer, das uns zwang, uns mitten zwischen die Stacheldrahtrollen zu legen. Als es nachgelassen hatte, türmten wir, da wir ohne Verteidigungsmittel waren.

Was war die Arbeit am Sonntag? Eine Stunde Grüßen üben, dann Appell. Ein Kamerad hatte sich erlaubt, als Ersatz für sein verschimmeltes Brot bei der Kompanie ein anderes Brot zu holen. Dieser Kamerad namens Striedecke aus Dessau mußte zur Strafe acht Tage lang jeden Tag eine Stunde nach dem Dienst unter Bewachung eines Gefreiten Latrinen säubern. Dies war ebenfalls Befehl dieses Offizierstellvertreters. Ein besonderes Früchtchen war der Unteroffizier Krohn aus Magdeburg. Dieser gab mit den Befehl, weil ich kein sauberes Hemd hatte, das einen halben Meter dicke Eis aufzuhacken und das Hemd in diesem eiskalten Wasser zu säubern. Nach einer halben Stunde mußte ich die gemachte Arbeit vorzeigen. **Was, Du Schwein, elendes, dreckiges Vieh erbärmliches, Du wagst mir diesen Lappen vorzuzeigen?** Bist Du noch nicht wieder hin? Marsch, marsch, und wenn Du elender Hund keine Pfoten mehr hast, das Hemd ist in einer halben Stunde sauber. Mit der bittersten Wut und steifen Fingern ging ich von neuem los, aber wieder vergebens. Nach nochmaligem Anbrüllen nahm ich mein Eßgeschirr, stopfte das Hemd hinein und kochte es richtig ohne Seife oder sonst etwas und zeigte es dann wieder vor. Einem anderen Unteroffizier ist es zu verdanken, daß ich nicht wieder einen Fußtritt erhielt. Jetzt wurden wir wieder versetzt nach Mitau. Erst hatten wir einen vier Stunden langen Marsch auf dem Eis der Aar entlang, bis wir am Bestimmungsort angekamen. Hier befand sich eine alte Ziegelei. Kein Nachtquartier. Und doch mußten wir bleiben. Wir setzten in der Kälte die Ziegel in einem Kreis 2 Meter hoch, machten in der Mitte ein Feuer, und hatten die Ehre, zwei Nächte im Sitzen am Feuer zu schlafen. Hier habe ich mir und viele andere den Rest geholt. Von hier aus wurde ich reklamiert, um in einen Kriegsbetrieb zu kommen. Ich könnte hier ein ganzes Buch schreiben, aber das würde zu weit führen. Nun, ich hoffe, daß diese Zeilen genügen, den Beweis erbracht zu haben, wie man es als Armierungssoldat in der alten schönen Zeit hatte.

P. D., aus M.

## O Deutschland hoch in Ehren, du heiliges Land der Treu

(Arbeiterkorrespondenz aus dem Bezirk)

Unsere Minenwerferkompanie wurde Ende 1916 in Berlin zusammengestellt. Von dort aus ging der Transport nach Siebenbürgen und an die rumänische Grenze. Durch dreimalige Verwundung hatte ich schon verschiedene Erfahrungen genossen, auch war ich vom ersten Tage an mit im Felde und habe den ganzen Vormarsch durch Belgien, Frankreich bis Paris, wieder zurück in den Stellungskrieg bei Arras, mitgemacht. In meiner aktiven Dienstzeit wurde im Unterricht darauf hingewiesen, daß es das Schönste für den Soldaten sei, auf dem Felde der Ehre den Heldentod zu sterben. Bei unserer Kompanie die Herren Offiziere hatten allerdings für den Heldentod nicht viel übrig, aber dafür haben sie sich an anderen Sachen ergötzt. Unser Kompanieführer Pauli liebte frohe Stunden im Kreise seiner Offiziere. Und davon haben sie auch genügend Gebrauch gemacht. Deshalb ein dienstfertiger junger Offizier ging mit nach Stellung für die anderen Herren, damit diese weiterhin frohe Stunden verleben konnten. Wenn man so recht in froher Stimmung war, ließ man einfach die Pferde satteln und ritt in der Stadt, wo man im Quartier lag, hohe Schule; als sich die Leute darüber beschwerten, wollte man sie nach der Kommandantur bringen und bestrafen lassen. Jetzt zur Frage, von welchem Geld diese Leute solche Feste veranstalten konnten, und da stellte sich heraus, daß jeder Mann einen bestimmten Teil Beutegeld zu beansprucht hatte. In Rumänien war nämlich allerlei erbeutet worden. Aus diesem Grunde war es eine hohe Summe, die jeder Mann zu beanspruchen hatte. Wir sind an die Division herangetreten, der Kompanieführer wurde abgesetzt, weil er die Leute um das Beutegeld betrogen hatte, man gab uns das Versprechen, daß wir das Geld erhalten würden, aber dabei blieb es auch.

Wir bekamen einen neuen Kompanieführer, den Freiherrn von Oberleutnant Leschinsky, der war auch so einer von Deutschlands Heldensöhnen, der durchs Feuer ging — wenn es aus war. Als er die Kompanie übernahm, stellte er die übliche Frage, ob noch jemand Forderungen an die Kompanie zu stellen hätte. Da wir von der Division das Versprechen erhalten hatten, von dieser Stelle aus das uns zustehende Beutegeld zu bekommen, trat niemand vor. Dadurch hat man uns um das Geld betrogen und die Offiziere hatten die Möglichkeit, mit unserem Gelde weiter ihre Feste zu feiern.

## Lest die Inprekorr.!

Die Nummern 98 und 99 der „Internationalen Presse-Korrespondenz" sind soeben erschienen. Sie sind zusammen 48 Seiten stark. Die beiden Nummern sind in erster Linie den Ereignissen in der KPdSU. gewidmet und enthalten sämtliche Beschlüsse und Resolutionen des Plenums des ZK. und der ZKK. der KPdSU., ferner Artikel, Wiedergabe von Stimmen der internationalen kommunistischen Presse usw.

Dem Prozeß gegen Rakosi und Genossen ist gleichfalls großer Raum gewidmet. Artikel von Landler, Kreibich, Varbusse, Briefe aus Budapest von Kreibich, die telegraphischen Sonderberichte usw. geben ein genaues Bild des Prozesses.

Dazu kommen noch Artikel von Duit über die politische Entwicklung — sowie über den Bergarbeiterkampf in Großbritannien von Semard, über die Poincaré-Regierung, ferner Würdigungen der Persönlichkeit Dzerzinskis durch Bucharin, Smeral und Murphy, sowie eine Reihe weiterer Beiträge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260802-12/fragment/page=0006

**Von deutschen Luftverkehr.** Am Freitag landete zum ersten Male ein Flugzeug der thüringischen Zubringerstrecke Schwarza—Saalfeld—Fürth—Bayreuth—Leipzig—Halle. Trotz der ungünstigen Witterung der letzten Tage ist die Frequenz der unternommenen Flüge nicht gesunken, ein Zeichen dafür, daß die Verkehrsgegend vom Werter fast unabhängig geworden ist. Auch die Universität Halle nimmt an der Fliegerei wieder Anteil. Das Universitätsflugzeug wird zurzeit einer Reparatur unterzogen, nach deren Vollendung dann voraussichtlich die flugwissenschaftlichen Vorlesungen der Universität wieder aufgenommen werden dürften.

**Verkehrsunfälle.** Am 1. August gegen 11 Uhr vorm. kamen in der Mansfelder Straße ein Motorradfahrer und sein Mitfahrer zu Fall und zogen sich leichte Verletzungen zu. Das Motorrad wurde stark beschädigt. — Am 1. August gegen 8 Uhr nachmittags stießen beim Radfahrerweg in der Trotbaer Straße zwei Radfahrer zusammen, wobei ein Fahrrad stark beschädigt wurde. Verletzt wurde niemand. — Am 31. Juli gegen 10.30 Uhr vormittags wurde an der Ecke Geiststraße und Alte Promenade eine männliche Person von einem Personenkraftwagen angefahren und verletzt. — Am Dienstag gegen 3.25 Uhr nachmittags erfolgte in der Huttenstraße durch ein Kraftwagenunfall, daß der Führer eines Personenkraftwagens beim Versuch, den Wagen zu wenden, rückwärts die hinter befindliche Wegböschung hinauffuhr. Hierbei ist der Wagen erheblich umgestellen. Ein Mitinsasse trug erhebliche Verletzungen am Kopf und mußte einem Krankenhause zugeführt werden. — Am Dienstag gegen 1.15 Uhr nachmittags erfolgte in der Magdeburger Straße ein Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einer Straßenbahnzug der Linie 5, wobei der Anhänger des letzteren erheblich beschädigt wurde. Am Lastkraftwagen wurde der Motor eingedrückt, ferner der Motor und die Steuerung stark beschädigt. Der Kraftwagenführer erlitt Verletzungen am Kopf und begab sich zwecks Anlegen eines Verbandes in die Klinik begeben. Weitere Personen kamen nicht zu Schaden.

**Eine Schlägerei.** Am 31. Juli ereigneten sich an verschiedenen Stellen der Stadt vier Schlägereien, wobei vier Personen zum Teil erhebliche Verletzungen davontrugen. Mehrere Personen wurden zur Feststellung der Polizeiwache zugeführt.

**Kellerbrand.** Am 1. August gegen 5.30 Uhr morgens wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Torstraße gerufen, woselbst in einer Küche ein Brand entstanden war. Nach ½stündiger Tätigkeit konnte das Feuer, das vermutlich durch herausgefallene Glut aus dem Grundofen entstanden war, gelöscht werden.

**Culiß-Verkehrskarte von Sachsen und Thüringen.** Uns liegt die soeben erschienene 49. Auflage der Verkehrskarte von Sachsen und Thüringen vor. Die Karte ist im Landkartenverlag Oskar Culiß, Halle, erschienen. Der Maßstab der Karte ist gut gewählt, 1:600 000, so daß das Darstellungsmögliche sauber durchgearbeitet. Die Karte reicht von Lüneburg, Ludwigslust, Neustrelitz im Norden bis Kissingen, Meiningen, Lichtenfels, Karlsbad im Süden; von Soltau, Göttingen, Eisenach, Neustadt a. S. im Westen bis Templin, Zossen, Eisfeld, Lübben, Meißen, Wilsdruff im Osten. Berlin ist sogar mit seiner weiteren Umgebung noch gut darauf verzeichnet. Auf die Schriftzüge sämtlicher Namen ist besonders Wert gelegt, denn die Deutlichkeit gerade der Benennung wird das Auge sofort fassen. Die Culiß-Verkehrskarten sind für alle Provinzen Preußens und Freie Deutschlands erschienen und kosten je 1 Mark. Damit sind die Culiß-Karten die billigsten aller Verkehrskarten. Besonders deutlich sind die Karten an den roten Eisenbahnlinien. Hauptsächlich Nebenbrücken sind sofort zu ersehen.

**„Volkspark".** Das 13. Sommerkonzert, verbunden mit einem Feuerwerk, findet morgen abend 8 Uhr bei gutem Wetter im Freien und bei ungünstiger Witterung im großen Konzertsaal statt.

**Proletarische Tribüne.** Heute abend 8 Uhr im „Volkspark" Mitgliederversammlung. Alle Spieler müssen pünktlich erscheinen; Donnerstag abend 8 Uhr Probe der Bühne.

**Gimmendorf**

Arbeitsausschußsitzung sämtlicher proletarischer Organisationen im „Burgschlößchen" am Mittwoch, dem 4. August, abends 8 Uhr.

**Nelben**

Gemeindevertretersitzung. Am Dienstag, dem 3. August, abends 8 Uhr, findet eine Gemeindevertretersitzung mit folgender Tagesordnung statt.

**Nietleben**

Antikriegstundgebung. Am Mittwoch, dem 4. August, veranstalten die KPD. und die Arbeitersportvereine von Nietleben eine Antikriegsdemonstration mit anschließender Versammlung. Die gesamte Einwohnerschaft von Nietleben wird hiermit aufgefordert, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.

## Die betrübten Lohgerber von Fallenberg

### 44 Urkundenfälschungen und 5 Unterschlagungen. Man kann nur bedauern

Die Sparkasse ist nun in verhältnismäßig kurzer Zeit zum drittenmal geschröpft. So etwas hält auf die Dauer keine Kuh aus, viel weniger eine Sparkasse, deren Substanz in der Hauptsache doch die Spargroschen der kleinen Leute sind. Der Lümmel, das immer brave Söhnchen des Bierverlegers Werner, ging durch die Lappen. Nun hat man Zeit zum — Bedauern. Das große Vertrauen gegenüber dem Junior und noch mehr dem Senior hat einer bitteren Enttäuschung Platz gemacht. Der Vater ein ehrbarer Büger (wo bleibt aber die ehrbare Erziehung?), der Sohn ein „ehrbarer" Gauner in Gala, überhaupt die ganze Familie in der spießbürgerlichen Ideologie äußerst ehrbar. Wenn nur nicht das Sprichwort wäre: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm!" Es war doch schließlich für „Ihn" genügend anderes Geld in greifbarer Nähe vorhanden, wenn auch vielleicht nicht die gleich große Summe, aber den Eltern gegenüber müssen solche Bürschchen doch „ehrbar" sein, also „tan an die Sparkasse"! Die großen Sparkassenplünderer aus der Inflationszeit haben es ja ähnlich gemacht, nur daß deren Raubzug straflos blieb trotz Hindenburg des Gerechten. Wer zweimal ausgeplündert ist, vergißt es vielleicht nicht. Hier liegt die Sache ja auch so klar wie dem Alten sein Selterwasser.

**42 890 Mk. sind in die Winde — verjuxt!**

Hei, war das ein Leben auf den Tummelplätzen der Bourgeoisie! Pferderennen wurden besucht, gewettet und verloren wurde, Mädchen gab es Gott sei Dank auf, und dann wurde es wüter und wüter und wüter. Natürlich gab es auch „Neider" (oder waren es Warner?), doch der Alte sagte: **„Kann er doch — Er" doch!"** Das wollen wir nun auch einmal sagen: **Kann er doch — nämlich die Schulden abtragen für sein Prachtsöhnchen?**

Der Alte zieht die Schultern hoch: „Bedauere, das geht nicht!" Man wird vielleicht die Klage kommen, aber Frau Justitia und die Kleinbourgeoisie sind, wenn auch weitläufig, immer noch blutsverwandt. Es wird nicht so schlimm werden — je nachdem! Warum denn auch so gehässig gegen den Einzelnen sein? Es gibt doch genügend Steuerzahler, und einer solchen Masse fällt es doch auch nicht so schwer. Und dann überhaupt heißt doch der Schluß eines schönen Sprichwortes: „Alle für Einen!", und der Eine ist in diesem Falle einer aus der ehrbaren Familie, die man wegen so einer Bagatelle nicht zugrunde richten kann. — So wird Frau Justitia denken und verkünden.

**Und die Proletarier?** — Keiner von ihnen hätte es sein dürfen, man hätte gewiß nicht bedauert, und man hätte ihn schon längst beim Schlafittchen und ins Gefängnis geworfen. Ach ja und die liebe bürgerliche Presse, die die Ungelegenheit der ehrbaren Familie halber nicht politisch ausgeschlachtet haben will, hätte ihren ganzen Sprachschatz an Gemeinheit zur Steinigung des „roten Gauners und Plünderers" verbraucht. Aber sie können nur bedauern es ist kein Prolet: **Der fünfzigfache Gauner ist Mitglied einer ehrbaren Familie — wirklich bedauerlich!**

Das Proletariat, zu dem auch viele geschädigte Kleinbürger gehören, wird eines Tages auch einmal „bedauern" müssen und zum Besen greifen, um diesen über ganz Deutschland ausgebreiteten Saustall endlich einmal gründlich auszukehren und von frischer Morgenluft gründlich durchblasen zu lassen. Das wird diesmal so gründlich geschehen, daß keine Made mehr übrig bleibt.

**Merseburg.** Die neue Autolinie Merseburg—Weißenfels, die die Ortschaften Ammendorf, Geusa, Frankleben, Groß-Kayna, Roßbach (Schlacht) berührt, wird durch die Firma Gustav Engel Söhne voraussichtlich Mitte August in Betrieb genommen werden.

## Theater und Konzerte

**Internationale Meister-Ringkämpfe im Walhalla-Theater.**

Im Walhalla haben recht stattliche Gestalten Einzug gehalten, vielfach mit Lorbeer, die in der Welt der Matte einen guten Klang haben. Bisher haben sich 18 Ringer eingefunden. Weitere Meldungen werden noch erwartet. Schon der erste Abend gelegte, daß gute Kämpfe zu erwarten sind, so daß Freunden dieses Sportzweiges ein Besuch zu empfehlen ist. Als erstes Paar kämpften Tom Barry (Deutsch-Amerikaner) gegen Max Steinke (Stettin); aus diesem Kampfe ging der gute Stettiner als Sieger hervor. Sodann trafen sich v. d. Born (Holland) und Schwarzbauer (Hamburg). Beide Ringer zeigten für Erhaltung des Publikums, das namentlich in den höheren Regionen Sympathie oder Widerlaen durch mehr oder weniger witzige Bemerkungen ausdrückte, wobei auch das bei derartigen Kämpfen übliche Pfeifen auf dem Finger und Zählen („Schiebung!") nicht fehlen durfte. Der Holländer blieb Sieger. Obgleich im dritten Kampf der Kölner Kalbusch gegen den Deutschen Meisterringer Lappa ein Gewichtsmanko in den Kampf brachte, gelang es ihm doch, einen unentschiedenen Ausgang zu erzwingen. In gleicher Weise war im letzten Kampf Lohmeier (Thüringen) gegen Gerigkey (Polen) benachteiligt. Letzterer hätte schon in der ersten Runde seinen Sieg sicher.

Den Kämpfen gibt ein kurzes Varieté-Programm voraus, das sich auch zum größten Teil im sportlichen Rahmen hält und beim Publikum viel Anklang findet, wie der lebhafte Beifall bewies.

**Letzter Carrozzani-Tag in Halle.** Am morgigen Dienstag entfaltet in der Zeltstadt auf dem Roßplatz ein Gala-Abend seine volle Festlichkeit und Leuchtkraft, und am Mittwoch endet die Zirkuszeit mit einer Nachmittagsvorstellung, die zum letzten Male unsere Jugend und die Bewohner der nahen und weiteren Umgebung auf den Plan rufen wird. Die letzte Carrozzani-Vorstellung, am 3 Uhr beginnend, ist eine vollständige und ungekürzte Abendvorstellung. Der Abbau der Carrozzani-Schau und die Uebersiedlung erfolgt erst am Donnerstag.

**Volksbühne.** Die Anmeldungen für das neue Kunstjahr haben begonnen. Die alten Mitglieder werden gebeten, möglichst umgehend ihre Mitgliedskarten in der Geschäftsstelle gegen neue für das siebente Spieljahr eingutauschen, damit alle Wünsche bett. Spieltag und Reihe rechtzeitig berücksichtigt werden können. Bekannte und Verwandte, die zusammen ins Theater gehen wollen, melden sich am besten gleichzeitig an. Neuanmeldungen (Gebühr 1 Mark) nimmt die Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Fernruf 3470, täglich von 9 bis 1.2 Uhr und 3 bis 5 Uhr entgegen.

**Solbad Wittekind.** Im Frühkonzert am Dienstag gelangen durch das Hall. Sinfonie-Orchester folgende Werke zur Aufführung: Cherubini: Ouv. „Wasserträger"; Goldmark: Balletmusik aus „Königin von Saba"; Grieg: Lyrische Suite; Strauß: Geld umschlungen Millionen, Walzer.

**Solbad Wittekind.** Dienstag, 3. August, und Mittwoch, 4. August, vormittags 5.7 Uhr, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr Konzerte des Hallschen Sinfonie-Orchesters. Leitung Benno Pläß. Mittwoch, abends 8 Uhr, Ehrenabend für die Mitglieder des Hall. Sinfonie-Orchesters. Solistin Grete Weiß (Gesang).

## Neues vom Tage

**Furchtbares Unglück bei einem Schaufliegen. — 5 Tote**

**Heidenheim. Die gestrige Flugveranstaltung des Landesverbandes Württemberg endete nach kurzen Flugvorführungen mit einem furchtbaren Unglück. Das Heinkelflugzeug D 722 mit dem Jungflieger Drechsel flog beim Landen zu kurz in den Platz. Der Versuch, erneut durch Antrieb des Motors zu steigen, mißlang, da das Flugzeug abstackte. Das Flugzeug erfuhr dabei die Bretterwand des Platzes und drängte gegen die Barriere und die dahinterstehenden Zuschauer. Durch die Propeller, die Planken und das schleifende Flugzeug wurden 5 Personen tödlich, 7 Personen und der Flieger leicht verletzt. Anwesende Aerzte leisteten die erste Hilfe.**

**Der Fallschirm als Lebensretter**

**London.** Zwei Flugzeugführern der königlichen Luftflotte ist es gelungen, dem sicheren Tode zu entrinnen. Die beiden Piloten, die auf dem Flugplatz bei Dover einen Uebungsflug absolvierten, stießen in beträchtlicher Höhe mit den Enden der Tragflächen ihrer Flugzeuge zusammen, die zu sinken begannen. Darauf sprangen die beiden von ihren Maschinen ab und kamen mit Benutzung ihrer Fallschirme glücklich am Erdboden an. Nur einer der beiden Flieger hatte eine leichte Verletzung am Arm erlitten, während der andere gänzlich unverletzt davonkam. Die beiden Flugzeuge gingen bei der Landung vollständig in Trümmer.

**Grubenunglück bei Karlsbad**

Nach einer Meldung des „Montag Morgen" ereignete sich auf dem „Poldischacht" bei Karlsbad ein schweres Grubenunglück. Im Abraumbetrieb waren drei Arbeiter mit dem Wegräumen von Holzstücken beschäftigt, als plötzlich größere Erdmassen niederfielen und die Drei verschütteten. Ein Arbeiter wurde tödlich, die beiden anderen schwer verletzt. Arbeitermord hier wie dort.

**Ein neuer Skandal um den „Fröhlichen Weinberg"**

Bei der gestrigen Aufführung des „Fröhlichen Weinberg" im Salzburger Stadttheater kam es zu großen Tumultszenen. Der Lärm wurde so stark, daß die Vorstellung unterbrochen werden mußte. Nachdem die Polizei zirka 15 Verhaftungen vorgenommen hatte, konnte die Vorstellung fortgesetzt werden. Die Störungen erneuerten sich jedoch immer wieder bis zum Schluß des Stückes. — Man ersieht daraus, daß es überall getroffene Spießer gibt.

**Erst so, dann so, und zum Schluß noch anders**

Nach einer Meldung der „Neuen Berliner Zeitung" gab gestern abend in einem der vornehmsten Restaurants ein Journalist, der Redakteur einer großen deutschen Zeitung in Paris, auf seine Begleiterin, eine bekannte Künstlerin der Pariser Oper, fünf Revolverschüsse ab, die die Sängerin auf der Stelle töteten. Der Täter ließ sich darauf widerstandslos verhaften. Beim Verhör gab er an, aus Eifersucht gehandelt zu haben. —

Die von der neuen Berliner Mittagszeitung heute gebrachte Meldung von einer Eifersuchtstat eines deutschen Journalisten in einem Pariser Restaurant ist nach Mitteilung der BZ. irrig. Es handelt sich bei der Schießerei weder um einen Journalisten noch um einen Deutschen, sondern um einen Spanier. —

Vielleicht stellt sich nun noch heraus, daß der Spanier gar kein Spanier, sondern ein Schauspieler, der Tatort die Bühne und die Eifersucht in der Rolle vorgeschrieben, also erkünstelt war.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben. Für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

# Rosa Bergers Wandlung

Der Roman einer Entwicklung

Von **Otto Müller Glöje**

Copyright by Kalmäuser Verlag, Naunheim

### Einleitung

Rosa Berger, deren Entwicklung zur klassenbewußten proletarischen Frau in „Rosa Bergers Wandlung" gezeigt wird, ist als armes und junges Mädchen in dem Roman „Ein Arbeitermädel" geschildert worden. Dort wurde plausibel, wie sie, das Kind proletarischer Eltern, in der Illusion befangen sein konnte, es werde ein „reicher Mann" kommen, sie heiraten und „glücklich" machen. In vorliegendem Romane wird sich nun zeigen, wie durch die weitere Entwicklung ihres Lebens Rosa notgedrungen zu der Einsicht kommt, daß sie der proletarischen Klasse zu gehören und an ihrem Befreiungskampf mitzuinteressiert zu sein.

In Betracht gezogen, in welcher Umgebung Rosa ihre Kindheit und Jugendzeit verbrachte, wird freilich offenbar, wie sie in eine ausgesprochen kleinbürgerliche Denkweise geraten und hoffen konnte, wie ein Dornröschen aus hundertjährigem Schlafe durch die Heirat von einem bürgerlichen „Prinzen" erlöst zu werden und ein schönes proletarischen Leben. Wohl sind ihre Eltern Proletarier, aber was für Proletarier. Wohl arbeitet der Vater in einer Fabrik, aber ist noch nicht einmal gewerkschaftlich organisiert; hält sich von seinen Kollegen und ist nur darauf bedacht, seine Stellung zu erledigen und sich als ein dem Unternehmer durchaus genehmer Arbeiter zu erweisen.

Die Mutter Rosas ist erst recht in kleinbürgerlichen Anschauungen befangen. Wohl gibt es für sie zwei große Kategorien, die „reichen" und die „armen" Leute, das es sich aber hierbei ganz einfach um Klassen handelt, mag sie nicht wissen. Für sie bedeutet arm gleichbedeutend mit Schimpf und stehen alle „armen Leute" zugleich in dem Ruf, „faul", „unordentlich" und „ungeschickt" zu sein. Sie hat ihrer eigenen Armut in keiner beschämenden Weise, in der Rosa Berger möglichst zu verdecken, zu verschweigen und zu beschönigen sucht. Daß sie selbst als Kind armer Eltern geboren ist, hat sie diesen nie verziehen. Ihre einzige Entschuldigung, „nur einen Arbeiter" geheiratet zu haben, ist, „nicht hübsch genug gewesen zu sein, um einen „besseren Herrn" finden zu können. So ist die Resignation zur Grundstimmung ihrer Ehe geworden, die sich bei ihr insofern aktiv auswirkt, als sie Rosa mit der Ansicht zu beeinflussen sucht, nur in der Wahl des „richtigen Mannes" liege ihr zukünftiges „Glück" verborgen.

Frau Berger glaubt, für ein „so hübsches und anständiges Mädchen, wie ihre Tochter, sei es nur eine Frage der Geschicklichkeit, daß sie von einem „gebildeten jungen Herrn aus besserem Hause" umworben und schließlich geheiratet werde. Da sie selbst kein Vermögen besitzt, vermutet sie es auch nicht bei den jungen Leuten der besitzenden Klasse, und hegt die Auffassung, diese Leute Bourgeois gingen nur auf „Schönheit, Anständigkeit und Geschicklichkeit" aus. So ignoriert sie die Frage, ob Menschen, deren Lebensinhalt das „Geschäft" ist, nicht auch in ihrer Heirat ihren vielen Geschäfte sehen könnten, und schärft ihrer Tochter in allen Tonarten die Parole ein: „Wende Dein Gesicht den jungen gebildeten Herren aus den besseren Kreisen zu und tue alles, um einen dieser begehrenswerten Kavaliere so zu gefallen, daß er Dich am Ende heiratet!"

Unter diesen Auspizien ist Rosa in der Tat zu einem sauberen, ordentlichen und im Hinblick auf ihre körperliche Beschaffenheit selbstbewußten Mädchen erzogen worden. Sie hat eine gewisse straffe Haltung ihres Körpers, eine bewußte Liebenswürdigkeit besonders im Verkehr mit Menschen, die ihrer Ansicht nach „gesellschaftlich höher stehen" und eine bedachte Zurückhaltung in bestimmten Situationen sich zum Prinzip gemacht und erweckt dadurch in den Augen der Menschen, denen sie gefallen will, meist einen sympathischen Eindruck.

•

So naht denn auch bald das „Glück", mit „besseren Herren" in Berührung zu kommen. Rosa erlernt die Schneiderei und macht die Bekanntschaft des „akademisch gebildeten" Sohnes ihrer Chefin. Er ist ein literarisch aufgemachter Schlafstatan, der sich ein müßiges Leben gönnt, während seine Mutter arbeitet und ein paar Schneiderinnen gehörig ausbeutet, um das Geld herbeizuschaffen, das der „junge Herr Doktor" zu seinem liederlichen Leben braucht. Auf diesen wüsten Raschen fällt Rosa herein, wobei zu ihrer Entschuldigung allerdings erwähnt werden muß, daß er in raffinierter Weise, nach einem von langer Hand angelegtem Plan, sie in die Falle lockt. Rosas Mutter, die bald von dieser noblen Freundschaft erfährt, leistet ihrer Tochter förmlich Hilfsstellung als sie zu einer „solennen künstlerischen Soiree" eingeladen wird. Wie kann Rosa auch die Einladung eines „so feinen Herrn" abschlagen, zumal der Doktortitel seine Visitenkarte ziert? Was kann es für Frau Berger Herrlicheres geben, als die Aussicht, ihre Tochter könne einst eine „Frau Doktor" werden? Wie durfte eine Gelegenheit vernacht werden, in „höhere Gesellschaftskreise" eingeführt zu werden?

Rosa geht begeistert hin und kommt zerknirscht zurück, nachdem sie sehr schnell hat erfahren müssen, worauf es dem Doktor lediglich ankam, und ist außer sich, wenn sie daran denkt, wie schnell er sein Ziel zu erreichen vermochte. Sie ist hinter das Licht geführt und in schofler Weise mißbraucht worden. Da sie im gegebenen Augenblick „einverstanden" gewesen ist, gibt es keine Handhabe, ihren Verführer gesetzlich zur Rechenschaft zu ziehen, obgleich sie ihn ins Zuchthaus bringen würde, wenn es möglich wäre. So ist sie das erstemal zum Opfer ihrer Unwissenheit und ihrer Illusionen geworden.

Da sie nicht so erzogen ist, jetzt den Mut zur rücksichtslosen Offenheit zu haben, verschweigt sie ihrer Mutter gegenüber ihr „Erlebnis", so daß diese nichts und Rosa wenig daraus lernt. Für sie ist der Doktor ein „abscheulicher und gewissenloser Mensch". Daß er der Angehörige einer Klasse sein könnte, mit deren Weltanschauung es durchaus übereinstimmt, den anderen Menschen bedenkenlos als Mittel zum Zweck zu benutzen, das kommt Rosa nicht in den Sinn. So bleiben ihre Illusionen, und da auch ihr „Ziel" bleibt, behält sie auch weiterhin die Voraussetzungen, in dieser oder ähnlicher Weise mißbraucht zu werden.

Nachdem Rosa ausgelernt hat, findet sie auf Betreiben ihrer Mutter Anstellung in einem „vornehmen Atelier". Entsprechend seiner „vornehmen" Inhaberinnen ist auch das Salär, wie hier der Lohn genannt wird, niedrig und die Aufsicht bei der Arbeit streng. Rosa wird gehörig ausgebeutet; aber, „hier verkehren Damen aus ersten Gesellschaftskreisen, und man weiß nicht, wie einem das noch zugute kommen kann", argumentiert Frau Berger, als ob sie schon ahne, daß eines Tages der „studierende" Sohn des Kommerzienrat Esche in Begleitung seiner „Mama" aufauchen und sein Auge wohlwollend auf Rosa fallen werde. Freilich „ahnt" Frau Berger nicht, daß er sich keineswegs auf der Suche nach einer Frau, sondern nach einem „passenden Verhältnis" befindet. Für die ahnungslose Mutter aber nähert sich Rosas „Glück" schon in großen Schritten.

Tatsächlich „stellt" Esche junior Rosa eines Abends, als sie vom Atelier nach Hause gehen will, führt sie in eine „feudale" Konditorei und setzt sie in Erstaunen durch die üppige Bewirtung, die er ihr gleich am ersten Tage bietet.

Als Frau Berger davon erfährt, schwimmt sie in Hoffnungen. „Das sind sicher sehr reiche Leute", sagt sie, und unterstützt Rosa in der guten Meinung, die sie von Esche junior schon hegt. Und wirklich erweist sich diese neue Bekanntschaft zunächst als sehr vorteilhaft. Rosa kommt billig zu kostspieligen Vergnügungen. Sie darf mit ihm die Oper hören, sich an Ausflügen der Studenten beteiligen, bekommt Kleider und größere Geschenke und kann durch seine Hilfe sogar die Handelsschule besuchen. Lange Zeit geht „alles in Ehren", aber allmählich glaubt sie an seine „ernsten Absichten" und wird seine Geliebte. Ohne daß sie sich recht darüber klar wird, bekommt sie auch dafür ihre Entlohnung. Inzwischen rückt jedoch die Zeit heran, in der sie ihm überdrüssig wird und er nach „Abwechslung" verlangt. Auf der „Höhe ihres Glückes", als er sie mit in ein Ostseebad genommen hat, gerät sie zufällig in eine peinliche Situation, er wird „nervös", schickt sie kurz entschlossen nach Hause und „macht Schluß".

•

Damit stürzt Rosa wie aus den Wolken. Sie kommt allein kaum zu der Einsicht, sich Illusionen gemacht zu haben. Erst ein anderer Mann, freilich kein „besserer Herr", ein Proletarier, der sie seit langem kennt und in seiner Art sie gern hat, bringt sie darauf. Von ihm, den sie um Beistand angeht, muß sich Rosa sagen lassen: „Nicht an Esche junior allein dürfen Sie sich rächen wollen, liebe Rosa, sondern an seiner ganzen Klasse. Denn dieser junge Mann hat Sie nicht aus persönlicher, individueller Schlechtigkeit, sondern aus den für ihn selbstverständlichen Anschauungen seiner Klasse heraus mißbraucht. Für diese Klasse ist ganz selbstverständlich der bestiale Mensch Mittel für die Zwecke der Besitzenden. Ob sein Vater Ihren Vater ausbeutet oder der Sohn Sie benutzt, immer kommt das auf dasselbe hinaus: die Besitzlosen sind nur die Benutzenden da und können von diesen zusammen verbraucht werden. Und Ihre eigene Schuld, liebe Rosa, wenn man von Schuld überhaupt reden kann, ist es, daß Sie nicht stolz, dafür aber dumm genug waren, die Illusion zu hegen, dieser junge Mann würde Sie heiraten . . ."

Was sie an der Seite dieses Proletariers, dessen Gefährtin sie wird, später erlebt und wie sie sich endgültig herausfindet aus ihren kleinbürgerlichen Illusionen, davon spricht der Roman: „Rosa Bergers Wandlung".

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260802-12/fragment/page=0007

# Arbeiter-Sport

## Sport im Dienste der Auslandspolitik

„Sport hat mit Politik nichts zu tun", „Sport wird nur seiner selbst wegen gepflegt", so schreien es alle die in die Welt hinaus, die bei der Arbeiterschaft auf den Gimpelfang für den schwarzweißroten Sport gehen. Wie der Sport in den Dienst der Auslandspolitik gestellt wird, darüber lesen wir im „8-Uhr-Abendblatt" vom 2. Juli. Es heißt dort:

„Rademachers (teutsche Schwimmer-Kanone) Start in Amerika, die Reise der Turner (Deutsche Turnerschaft) in die neue Welt, das waren mehr als rein sportfreundliche Angelegenheiten, **das war Politik durch den Sport und seine Prominenten.**"

Und nun tobt sich das „8-Uhr-Abendblatt aus wegen der nicht so genügenden Aufnahme der neuerdings nach England zu den englischen Meisterschaften entsandten Leichtathletik-Mannschaft der Schwarzweißroten und ihrer Desavouirung durch den deutschen Botschafter in London.

**„Sportsleute sind doch schließlich keine Jahrmarktsgaukler, vor allem dann nicht, wenn sie mit Unterstützung des deutschen Auswärtigen Amtes** zu internationalen Meisterschaften reisen, bei denen sie nicht **nur den deutschen Sport, sondern das Deutschtum** (selbstverständlich schwarzweißrot, die Red.) überhaupt vertreten. Es ist beschämend, daß die deutschen Teilnehmer an den englischen Meisterschaften bei ihrer Ankunft in London einfach ignoriert wurden. Daß es nicht etwa nur eines Hinweises, sondern ganz energischer moralischer Kolbenschläge bedurfte, bis sich dieser dem Sport und seinen Vertretern so abhold gesinnte Staatsmann zu einem beschränkten Empfang entschloß. Man muß sich wirklich wundern, daß ein deutscher Staatsmann, nachdem sein amerikanischer Kollege so vorbildlich amtierte, nachdem Reichspräsident von Hindenburg es für nicht unter seiner Würde hielt, deutsche Sportler zu empfangen, nachdem ein Nurmi seinem kleinen finnischen Vaterlande unschätzbare Dienste geleistet hat, **nachdem der Sport deinahe schon zu einem Mittel der Politik** geworden ist — daß ein deutscher Staatsmann so wenig mit seinen Pflichten vertraut ist und nicht versteht, deutschen Gästen auf fremden Boden eine Heimat zu bereiten."

Dann bekommen auch die „feigen" Engländer ihr Fett ab, weil sie die schwarzweißroten Leichtathleten nicht so empfangen haben, wie es die Chauvinisten um das „8-Uhr-Abendblatt" sich geträumt hatten. Die Deutsche Sportbehörde soll **„Rückgrat zeigen"** und die Mannschaft zurückrufen und eventuell noch ein oder zwei Jahre auf die sportliche Bekanntschaft mit den englischen „Gastgebern" verzichten.

## Wer arbeitet mit den bürgerlichen Sportorganisationen zusammen?

„Der Verkehr der Russen mit den bürgerlichen Sportorganisationen ist außerordentlich groß".

Da sind wir „Luzerner" doch wirklich bessere Menschen, als diese „Wilden" im Arbeitersport. Diese Leute sollen vor ihrer eigenen Türe erst mal tüchtig kehren!"

(Arbeiter-Turner-Zeitung", 9. Juni 1926.)

Ja, die Luzerner Führer sind wirklich „bessere" Menschen. Sie verstehen ihr Geschäft. Wie schlau sie sich drücken, zeigt der Bundesvorstand des A.T. u. Sp.-B. in einem Antrag, den er an den Bundestag stellt und in derselben Zeitung veröffentlicht wird. Dort heißt es:

„Deshalb lehnt der Bundestag erneut jede sportliche oder festliche Zusammenarbeit mit Vereinen der bürgerlichen Verbände ab."

Wer diesen Satz genau prüft, findet, daß der schlaue Bundesvorstand das Wichtigste verschweigt und damit sich eine wirkliche Hintertür schafft; denn der Bundesvorstand läßt gerade jenen Grundsatz fallen, der für die RSJ. und die deutsche Opposition in der Arbeitersportbewegung das Entscheidende ist. Die Resolution der RSJ. besagt klar und deutlich:

1. Die Rote Sportinternationale als eine Klassenorganisation des Proletariats verfolgt das mit der Arbeiterklasse gemeinsame Ziel, den Kampf gegen die Bourgeoisie und alle ihre Organisationen, zu denen auch die bürgerlichen Sportorganisationen gehören.

Um der Bourgeoisie und ihren Organisationen eine wirkliche Einheitsfront der Arbeitersportorganisationen der ganzen Welt entgegenzustellen, ordnet die RSJ. ihre gesamte Arbeit dem Kampf um die Einheit der internationalen Arbeitersportbewegung der Hauptaufgabe der RSJ. ein.

2. Die RSJ. macht es weiter allen ihren Sektionen und Anhängern zur Pflicht, eine ständige und intensive Arbeit unter den in den bürgerlichen Sportorganisationen erfaßten Arbeitern zu führen, was insbesondere durch die Schaffung der Arbeiteropposition und durch individuelle Heranziehung der Arbeiter zur Tätigkeit für die Arbeitersportorganisationen geschehen soll.

3. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erklärt sich die Rote Sportinternationale prinzipiell gegen jede organisatorische und sportliche Zusammenarbeit zwischen Arbeiter- und bürgerlichen Sportorganisationen.

Die RSJ. und ihre Sektionen lehnen jede Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Sportverbänden ab, weil ihre Führung, wie sie auch immer geartet sei, eine bewußt arbeiterfeindliche ist. Der Bundesvorstand macht lediglich ein Täuschungsmanöver, wenn er nur von Vereinen und nicht von Verbänden spricht. Ein ebensolches Manöver versucht der Bundesvorstand, wenn er nur von sportlicher und festlicher Zusammenarbeit spricht, wo doch vom Klassenstandpunkt aus betrachtet, gerade die organisatorische und politische Zusammenarbeit das entscheidende ist.

Der Bruch der organisatorischen Beziehungen mit den bürgerlichen Sportorganisationen, wie sie zwar nicht in Sowjet-Rußland, aber in Deutschland aufrechterhalten werden, bedeutet, daß die Vertreter der deutschen Arbeitersportvereine, wie es die Sächsischen Arbeitersportler wiederholt und mit Nachdruck gefordert haben, aus dem Kuratorium der deutschen Hochschulen für Leibesübungen auszutreten haben. Die deutsche Hochschule ist nicht einmal eine staatliche Institution, sondern eine Einrichtung des deutschen Reichsausschusses, der Zentrale der bürgerlichen Sportorganisationen, ganz zu schweigen von der übrigen Zusammenarbeit, die zwischen der Zentralkommission und dem Reichsausschuß besteht. Vielleicht äußern sich Wildung, Gellert und Genossen einmal, mit welchen Gründen sie die organisatorischen Verbindungen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, als einer Klassenorganisation, mit den bürgerlichen Sportverbänden rechtfertigen wollen.

## 16. Bundestag des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität"

In Anwesenheit von 65 Delegierten und unter starker Anteilnahme von Arbeiter-Radfahrern aus allen Teilen des Reichs, besonders aus Süddeutschland, wurde am Sonnabend der Bundestag eröffnet. Vereinzelte Straßen haben geflaggt und durch Schwarzrotgelb ihr Treugelöbnis zur Hindenburg-Republik zum Ausdruck gebracht. Schon am Bahnhof hieß ein großes Transparent unter schwarzrotgelben und den badischen Landesfarben die Arbeiter-Radfahrer willkommen. Nur im Gewerkschaftshaus, wo die Tagung stattfindet, ist über diesen Fahnen eine große rote Fahne zu sehen. Eigenartig ist auch der Tagungsraum selbst hergerichtet. Ueber der Bühne ist ein mächtiges **Reichsbannerwappen** und ein überlebensgroßes Bild von Bebel. An den Seitenwänden, neben den vielen geistickten Bannern der Radler, auf gelbem Grund, in schwarzer Linienführung, mit roter Umrahmung das Bundeszeichen und darunter eine kleine Büste Bebels auf schwarzrotgeld drapiertem Sockel. Also Reichsbannerpolitik soll die Richtung des Bundestages sein. Ganz bescheiden hatte neben der Bühne ein kleines Bundesbanner in Rot Platz gefunden.

Am Sonnabend wurde lediglich der Bundestag eröffnet und die Begrüßungsrede vom Stapel gelassen. Die Vertreter der einzelnen Sportverbände überbrachten Grüße und wünschten glücklichen Verlauf der Tagung. Nur Wildung, als Vertreter der Zentralkommission, wuchs über diesen Rahmen hinaus und wies auf die Wichtigkeit der Jugendarbeit hin. Sie nicht nur sportlich zu betreiben, sondern im Geiste des internationalen Proletariats, sei die Aufgabe. Die Arbeitersportbewegung hätte heute mehr zu erfüllen als je. Was die Erfüllung sei, sagte er nicht. **Das tat dafür der Vertreter der SPD. Karlsruhe,** ein Prof. Roßbach, der nicht mehr oder weniger forderte, als **„Arbeitersportbewegung und SPD."** Diese müßten miteinander auf Gedeih und Verderb verknüpft sein. Arbeitersportler hätten nur in der SPD. ihre Vertretung zu erblicken, und sie müßten zu einem Kollektivabkommen gelangen: **„Sport und SPD. up ewig ungedeilt."**

Am Abend veranstalteten die Delegierten und Gäste einen Begrüßungsabend in der großen Festhalle mit radsportlichen und künstlerischen Darbietungen. Der Sonntag war angefüllt mit den Berichten der Bundesfunktionäre, denen sich eine lange Debatte anschloß.

## Der Arbeiter-Schützenbund Deutschlands

hält vom 25. bis 27. September in Erfurt seinen **Bundestag** ab. Wie wir erfahren, hat der Bund zu dieser Tagung auch die **russischen Sportgenossen zur Teilnahme eingeladen.**

## Fußball

### Askania 1. — Sportlust 1. 3:0

Am Sonntag fanden sich in Mietleben obige Mannschaften zum Wiederholungsspiel der vergangenen Serie ein und zeigten ein recht schönes, durchdachtes Spiel. Bis zur Halbzeit ließ sich keiner was nehmen. Nach Halbzeit hatte Askania etwas mehr vom Spiel, konnte aber nichts anbringen als zwei Elfmeter und kurz vorm Schluß einen Prachtschuß des RL. und hiermit endete das Spiel mit 3:0 für Askania.

### Diemitz 1. — Cröllwitz 1. 3:3 (0:2)

Am Sonnabend standen sich die beiden spielstarken Mannschaften der ersten und zweiten Klasse gegenüber. Es war ein Spiel, welches von Anfang bis Ende flott durchgeführt wurde. Cröllwitz hatte Anstoß, der Ball wurde aber gleich abgefangen und der Vormarsch von Cröllwitz bekommt die ersten 10 Minuten reichliche Arbeit, dann findet sich auch der Sturm von Cröllwitz zusammen und nach gut eingeleiteten Angriffen erzielen sie zwei Tore. Diese war für Diemitz zuviel und Cröllwitz mußte sich auch drei Tore gefallen lassen. Erst kurz vor Schluß konnte Cröllwitz den Ausgleich wieder erzielen. Ebenverhältnis 4:4.

### Brachstedt 1. — Trotha 1. 0:1

In Brachstedt standen sich gestern im Freundschaftsspiel Brachstedt 1. und Trotha 1. gegenüber. Obwohl Br. 2. Klasse spielt, waren selbige zeitweise doch überlegen, so daß Trotha erst zwei Minuten vor Schluß das siegbringende Tor erzielen kann. Br. verschießt in sportlicher Manier zwei Elfmeter. Vorher trafen die die zweiten Mannschaften beider Vereine und lieferten ein ausgeglichenes Spiel. Resultat 1:2 für Trotha. Br. 2. verschießt einen Handelfmeter.

Fichte 1. — Cröllwitz 1. 0:3.
Viktoria 1. — Bruckdorf 1. 3:2.
Minerva 1. — Sportbruder 1. 0:4.
Minerva 1. — Teutonia 1. 1:2.
Ammendorf 1. — Gotha 1. 1:2.
Viktoria 2. — Teicha 2. 5:2.
Fichte 2. — Cröllwitz 2. 1:2.
ASC. 2. — Ammendorf 2. 5:2.
Gröbers 2. — Bredna 1. 0:0.
Teutonia 2. — Wörmlitz 2. 1:0.
Fichte 3. — Cröllwitz 3. 0:3.
Fortunna 3. — Giebichenstein 3. 5:3.
Minerva Jugend — Diemitz Jugend 1:0.
ASC. 1. Jugend — Ammendorf 1. Jugend 1:4.
Viktoria 1. Jugend — Teicha 1. Jugend 0:1.
Viktoria 2. Jugend — Fichte 2. Jugend 1:2.
Minerva 2. Schüler — ASC. Schüler 2:0.

### Amtliche Schiedsrichterprüfung

Am Sonntag, den 8. August, findet vormittags 9 Uhr im „Volkspark" die letzte Schiedsrichterprüfung statt, dazu haben nachfolgende Vereine laut spielender Mannschaften Prüflinge zu entsenden: Fichte zwei, Diemitz vier, Tölau zwei, Cröllwitz vier, Trotha drei, Sportbruder einen, Sportlust fünf, Minerva sechs, Giebichenstein zwei, Gröbers zwei, Löbejün einen, Zörbig einen.

Die Prüflinge müssen laut Bundesjugung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Da wir mit dem Beginn der zweiten Runde stehen, mache ich die Vereinsleitungen auf restlose Beschicken der Prüflinge aufmerksam, gleichzeitig dieselben nicht können nur die Mannschaften Spielerlaubnis erhalten, zu der die Schiedsrichter mit anwesend sind.

**W. Kämpfer, Obmann.**

## Leichtathletik

### 1. leichtathletisches Sportfest von Rüstig-Vorwärts, Bruckdorf

Sonnabend, den 7. August, abends 1/2 8 Uhr, Start zum 5-Kilometer-Lauf.

**Einzelkämpfe Turner, Sportler**

**Laufen:** 100 Meter, 800 Meter.
**Dreisprung.** 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Kugelstoßen 7¼ Kilo.
**Schwedenstaffel:** 400, 200, 200, 100 Meter.
**Chemische Staffel:** 100 Meter Sportler, 75 Meter Jugend, 50 Meter Sportlerinnen, 100 Meter Sportler.
**Dreikampf für Jugend:** 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Kugelstoßen 5 Kilo.
**Dreikampf für Turn- und Sportlerinnen:** 50-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Kugelstoßen 5 Kilo.

Alle Meldungen sind an Sportgenossen Mehlhose, Bruckdorf, Bergstraße, zu richten. Startgeld beträgt im Einzelkampf 20 Pf., Mannschaftskampf 30 Pf.

## Handball

### Gesellschaftsspiele für Montag, den 2. August

**2. Klasse.** 1/8 Uhr ASC. 2. — Sportlust 2., Peißnitz (Fichte, Halle).
**Jugend.** 7 Uhr Atlas — Adler, Minerva-Platz (Wörmlitz).

### Dienstag, den 3. August

**2. Klasse.** 1/8 Uhr ASC. 2. — Wasserfp. Ammendorf 1., Peißnitz (Giebichenstein).

### Mittwoch, den 4. August

**1. Klasse.** 1/8 Uhr ASC. 1. — ABW. 1., Peißnitz (R. Albig, Fichte Halle).

### Donnerstag, den 5. August

**2. Klasse.** 1/8 Uhr Wörmlitz 2. — Sportlust 2., Wörmlitz (Minerva).

### Sonnabend, den 7. August

**1. Klasse.** 1/8 Uhr Schwimmer 1. — Wörmlitz 1., Fichte-Platz (E. Albig, Fichte Halle).

### Sonntag, den 8. August

**1. Klasse.** 4 Uhr Vorwärts Bernburg 1. — ASC. 1., Peißnitz (Wernicke, Tölau); 4 Uhr Tölau 1. — ABW. 1., Tölau (Gempt, Nietleben Frisch auf); 3 Uhr Osmünde 1. — Fichte Ammendorf 1., Osmünde (E. Schmidt, Sportlust); 2 Uhr Frisch auf Nietleben 2. — Sportlust 1., Nietleben (Schanz, Fichte Halle);
**2. Klasse.** 8 Uhr Vorwärts Bernburg 2. — ASC. 2., Peißnitz (Fichte, Halle); 12 Uhr Frisch auf Nietleben 2. — Schafstädt 1., Nietleben (Giebichenstein); 3 Uhr Tölau 2. — ABW. 2., Tölau (Achilles); 3 Uhr Schafstädt 2. — Minerva 2., Schafstädt (Merseburg); 3 Uhr Merseburg 1. — Minerva 1., Merseburg (Schafstädt); 3 Uhr Atlas 1. — Peißen 1., Minerva-Platz (Achilles); 3 Uhr Othello 2. gegen Teutonia 1., Othello-Platz (Wasserfp. Ammendorf); 4 Uhr Osmünde 2. — Fichte Ammendorf 2., Osmünde (Elder).
**Sportlerinnen.** 4 Uhr Giebichenstein — Minerva, Peißnitz (ASC.); 11 Uhr Othello — ASC., Othello-Platz (Sportlust); 3 Uhr Schwimmer — Cröllwitz 1., Wörmlitz (Wörmlitz); 3 Uhr Wörmlitz — Sportlust 2., Wörmlitz (Cröllwitz); 5 Uhr Sportlust 1. — Achilles, Tölau (ABW.).
**Jugend.** 5 Uhr Osmünde — Adler, Osmünde (Ammendorf); 10 Uhr Osmünde — Schwimmer, Othello-Platz (ASC.); 10 Uhr Tölau — Fichte, Tölau (Löbejün).
**Schüler.** 10 Uhr Tölau — Achilles, Tölau (Frisch auf Nietleben); 5 Uhr Schwimmer, Othello-Platz (Fichte-Ammendorf); 9 Uhr Fichte Halle — Fichte-Platz (Othello); 1/10 Uhr Giebichenstein — Minerva, Peißnitz (ASC.).

**2. Kreis, 6. Bezirk, Turnerl. 1. Gruppe. Handball.** Unsere nächste Bälle findet am 4. August, abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt. Das Spiel Sportlust 1. — Lübnitz am August fällt aus.

**Achtung, Vereine!** Vom 1. August an sind sämtliche Zuschriften nach Mozartstraße 60, II. links, zu senden.

**H. Bornstedt,** Obmann.

Minerva 2. — Teutonia 1. 1:3.
Minerva Sportlerinnen — Cröllwitz 0:0.

## Turner

### Spielleute, auf zur Einweihung der Bundesschule!

Laut Beschluß der Konferenz der Funktionäre der Spielleute in Magdeburg 28. Februar d. J. beteiligen sich die Spielleute aller Kreise unseres Bezirks **19. September d. J. an der Einweihung der Bundesschule in Leipzig.** Die Kreisen sammeln sich die Teilnehmer am Sonnabend, dem 18. September, treten von ihrem Sammelort die Fahrt nach Leipzig an. Den 500 Teilnehmern können sie sich einen Gesellschafts-Sonderzug bestellen, der ein Drittel Fahrpreises billiger ist als der fahrplanmäßige. Dieser bestellte Zug befördert, wie erwähnt, ab der von ihnen gewünschten Zeit und Ort nach Leipzig und zurück. 20 Personen an und über 50 Kilometer Fahrt können sich zu einer Gesellschaftsfahrt leisten. Diese ist ein Viertel des fahrplanmäßigen Preises niedrig. Beide Anmeldungen müssen beim Abschnittsobmann geschehen, und zeitig.

In Leipzig angekommen, werden die Spielleute einquartiert. Am Sonntag vormittag zu einer noch zu bestimmenden Zeit setzen sich diese fünf oder sechs Hundertmannsüge unter dem Kommando Leipziger Stadtführer zum großen Umzug (Kundtuungen) in Marsch. Um 11 Uhr wird jeder zur hier angestellten Tribüne die Märsche **„Grab-Berlin", „Die Bundes-Internationale"** und zum Schluß Hermarsch **„Hoch Hamburg"** (ohne Aufsatzbogen) zu Gehör. Darauf beginnt der Aufmarsch zur Bundesschule.

Spielleute, Genossen! Wenn Ist einmal die Aufmerksamkeit der Welt auf jetzt für alles Sportliche schwärmt, erregen wollt und damit die Augen auf uns und unsere **Arbeiter-Sportbewegung** lenken wollt, so habt Ihr hier die Gelegenheit. Beide alle niemand fern. Jeder muß dabei gewesen sein.

**Kleidung** bei gutem Wetter: Weiße Hose und weißes Hemd. Bei schlechtem Wetter: Weiße Hose, dunkles Jackett, ohne Kopfbedeckung. Autos für die Fahrt werden mitgeführt. Vereins- und Gruppenfahnen werden mit ein die Spielleute. Der Bezirksstabführer hat seinen Stab mitzubringen.

Die Meldungen wegen Einteilens in Leipzig, ob Sonnabend oder am Sonntag früh sowie wegen der Quartiere müssen bis Sonntag, den 25. August, meinen Händen sein, da ich bis zum 5. September dem Bezirksobmann den Spielleute, **Bruno Juenich, Leipzig-Eutritzsch, Görlitzer Straße 22,** melden. Spielleute, beachtet diesen Hinweis, meldet rechtzeitig.

Kurt Billig, Bezirksobmann.

### Kreisübungsstunde am 25. Juli in Eisenberg

Die Uebungsstunde, die für den 1., 4., 5. und 10. Bezirk einberufen war, nicht das gezeigt, was dem Stärkeverhältnis der einzelnen Bezirke entspricht. Der Besuch war ein schlechter. Von 1200 Spielleuten, welche die vier Bezirke stellen, waren zur Uebungsstunde 250 Spielleute am Vormittag erschienen.

Am Sonnabend, dem 24. Juli, trafen in Eisenberg ein der 5. Bezirk mit 50 Spielleuten, der 10. Bezirk mit 50 Spielleuten und der 4. Bezirk mit 10 Spielleuten, welcher nicht für Sonnabend geladen war.

Sonntag früh 9 Uhr eröffnete der Kreisstabführer Turngenosse Schulz die Uebungsstunde mit einigen Kritiken. Genosse B. widerspricht und meint, die Uebungsstunde von zwei auf eine zu verkürzen. Der Kreisstabführer war nicht dafür zu haben, weil er wußte, um was es ging. Auch seiner von Spielleuten wollte dieser Anregung zustimmen.

Nach den Kritiken wurden verschiedene Märsche durchgeschlagen. Hier kann man sehen, daß die Spielleute sich gut ausgebildet haben. Nachmittags 5 Uhr war Schluß der Spielleute, die bezirksweise in den Festzug der Turnerinnen 1906 an der Spitze eingereiht wurden. Auf dem Sportplatz angelangt, alle vier Spielmannszüge einem vereint, wurden die Freiübungen der Turnerinnen vorgeführt. Nach **„Heil Bundesbruder"** den der Kreisstabführer **viermal** durchschlagen hatte, teilte er in Zukunft die Organisierung der Kreisübungsstunde ein wie folgt:

**2. Kreis, 6. Bezirk, 5. Gruppe**

Alle Vereine unserer Gruppe werden erfaßt, die Kampfrichter ihres Bezirks Laute dieser Woche an Kollege Fritz Wöhlig, Zeeben, Kreis, zwecks Zusammensetzung der Kampfrichter zum **Turnfest am 8. August** in Stadt und erwarte zahlreiches Erscheinen daselbst. Dieses Fest muß durch den Besuch der Arbeitersportler für unsere Feste und Bestrebungen zur Aufbauung der Körperkultur werden. Kein Verein darf daher fehlen. Daselbst müssen alle Vereine ihre besten Läufer zum Werbelauf der Bundesschule melden. Unsere Gruppe zirka 30 Läufer zu stellen. Näheres durch den Bdg. E. Robitsch, Zeeben.

**2. Kreis, 6. Bezirk, Turner.** Laut Beschluß unserer letzten Bezirksversammlung findet unsere nächste am 22. August, vormittags 9 Uhr, in der Turnhalle Gröbers in Magdeburg statt. Geturnt werden u. a. die Uebungen für das Kreisgerätetuen in Magdeburg (siehe Kreismitteilungsblatt). Den Turngenossen wird zur Kenntnis gemacht, sich rege an dem Kreisgerätetuenen zu beteiligen und ihre Meldungen recht bald, spätestens aber bis 22. August, dem Bezirksturnwart zukommen zu lassen.

**Turnerjugendleute.** Am Sonntag, dem 8. August, findet in Altenburg das Bundesfest statt. Der Bezirksstabführer Turngenosse Gabler (Eisenberg) ersucht den 4. Bezirk, das Fest als Spielmannszug zu unterstützen. Es ist unsere Aufgabe sein, an dem Bezirksfest mit teilzunehmen. Es findet vom 5. Bezirk am 3. Mai 1926 in Stärke von 150 Mann in Zeitz zu einem Bezirksgeneralstabsübung mitgemacht hat und dadurch am Gelingen des Bezirksfestes viel mit beigetragen hat. Bitte die Vereine, welche gewillt sind, den Bezirksstab zu unterstützen, mit sofort die Teilnehmerzahl zu melden, damit ich Turnhalle und genügen Gabler rechtzeitig melden kann.

Kurt Billig, Obmann.

## Boxer

### Eiche-International — Achilles

Zum Stiftungsfest des Meseburger F.V.B. v. 1920 trafen sich obige Vereine zum Vorkampf. Erstere konnte zwei Siege buchen. Um auf die einzelnen Kämpfe kurz einzugehen: Im Bantamgewicht kämpfte Gutsche (Eiche-International) gegen Bachmann (Achilles). Die erste Runde konnte noch heftiges Angriffs- und Gegenwechseln als unentschieden betrachtet werden. In der zweiten Runde Gutsche die Führung an sich. Somit konnte er einen verdienten Punktsieg davontragen. Im Federgewicht standen sich Hinne (Eiche-International) und Ebert (Achilles) gegenüber. Hinne konnte technisch als auch taktisch überlegen mit einem Unentschieden. Im Leichtgewicht standen sich Kalje (Eiche-International) und Kurt Ebert. Ebert ging gleich zum Angriff über, wurde aber in der nächsten Minute durch einen gut hingesetzten Hieb auf die Bretter geworfen. Mit der großen Ruhe Kalses, in der er seine Kräfte anbrachte, scheiterte jeder Angriff Eberts. Richterspruch: Punktsieg für Kalje. Weltergewicht trafen sich die zwei alten Rivalen Sander (Eiche-International) und Stöber (Achilles). Den anfänglich heftigen Angriffen Sanders folgte eine technische Kampfbetrachtet werden. In der zweiten Runde Stöber die Führung an sich. Somit konnte er einen verdienten Punktsieg davontragen. Im Mittel